

LinksRutsch

Zeitung der LINKEN im Kreis Unna



Ausgabe 1/2022

Zeitung der Partei DIE LINKE.Kreisverband Unna



Den spürbaren Unterschied machen

Aufgaben für DIE LINKE nach der Bundestagswahl

Von Susanne Hennig-Wellsow
und Janine Wissler

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl eine schwere Niederlage eingesteckt. Es gibt viele Fragen, denen wir uns jetzt öffnen und zuhören stellen müssen: Vermitteln wir das, was wir wollen, auch glaubwürdig genug? Wie kommen wir als LINKE im Alltag von Familien vor, von Menschen, die Abstiegsängste haben, wie in den immer vielfältigeren Lebenswirklichkeiten? Unsere linken Konzepte sind erst dann wirkungsvoll, wenn sie die Menschen erreichen, um die es uns geht.

Eine neue Zeit

Die Herausforderungen warten nicht auf uns. Eine neue Koalition ist im Amt. Nach mehr als 16 Jahren stellt die SPD wieder den Kanzler. Grüne und FDP werden nun in der Regierung an ihrer Politik gemessen. Es reicht angesichts einer veränderten Gesellschaft nicht aus, als soziales Korrektiv zu SPD und Grünen zu agieren. Eine linke Partei muss mehr wollen. Und wir können auch mehr. Eine LINKE, die Hoffnung auf grundsätzliche Veränderung weckt und gleichzeitig um jede Verbesserung im Alltag kämpft, kann Vertrauen zurückgewinnen.

Es geht um soziale Gerechtigkeit, um demokratische Freiheit und internationale Solidarität als Leitbilder einer modernen sozialistischen Partei, die konkrete,

realistische und radikale Antworten auf die Grundfragen unserer Zeit gibt. Der Klimawandel, wie die Fragen von Krieg und Frieden und Arm und Reich, dulden keinen Aufschub.

Was wir für ein gutes Leben brauchen

Dass der Markt es nicht alleine richten wird, führt uns die Corona-Pandemie jeden Tag vor Augen. Unsere Devise heißt: weniger Markt, mehr Demokratie wagen. Demokratisches Eigentum an dem, was alle für ein besseres Leben brauchen. Deshalb ist eine starke Stimme für ein gerechtes und umfassendes Gesundheitssystem nötig, das sich an den Bedarfen der Menschen orientiert statt an Kennziffern und Gewinnzielen. Die Ampel verspricht uns mehr »Respekt«, aber sie schweigt über den dazu nötigen Ausbau des Sozialstaats, der die Menschen in allen Lebensphasen absichert. Aus Hartz IV soll ein Bürgergeld werden, aber Regelsätze bleiben zu niedrig und der Kontrolldruck bleibt hoch. Trotz der Erhöhung des Mindestlohns, die wir begrüßen und für die wir als LINKE lange gekämpft haben, bleibt der Arbeitsmarkt gespalten.

Als LINKE wollen wir die lautstarke Stimme für diejenigen sein, die das Ende des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir werden soziale Garantien – eine Mindest-



absicherung für alle, von der Facharbeiter:in bis zum Selbstständigen, von der Student:in bis zur Rentner:in – auf die Tagesordnung setzen. Wir machen Druck für eine soziale und klimagerechte Mobilitätswende und sinkende Mieten in den Städten. Es geht uns um die Anerkennung von Lebensleistung der Menschen in Ostdeutschland und um Abrüstung und eine friedliche Außenpolitik. Unsere Politik des sozialen Zusammenhalts setzt auf einen gerecht finanzierten Sozialstaat und eine funktionierende Infrastruktur.

Wir werden bereits jetzt in die Vorbereitung der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 einsteigen. Gute linke Wahlergebnisse basieren auf gesellschaftlicher Präsenz und Glaubwürdigkeit, auf der Fähigkeit, in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied

zu machen. Ein Schlüssel dafür sind unsere 60.000 Mitglieder. Als aktive Mitgliederpartei können wir wieder erfolgreich sein.

Eine moderne sozialistische Partei

Wenn sich die Welt um uns herum verändert, müssen auch wir uns verändern, um linke Antworten auf die drängenden Fragen dieser Zeit zu entwickeln. Statt praktizierter Uneindeutigkeit braucht DIE LINKE mehr gemeinsamen politischen Willen. Ost und West, Bewegung und Parlament, Opposition und Regierung – das sind für uns keine Gegensätze. Es ist Zeit für eine erneuerte sozialistische Partei. Nur wenn wir uns verändern, können wir wieder Vertrauen gewinnen.



LinksRutsch: Editorial (Seite 2)

DIE LINKE im Kreis Unna möchte mit dieser Zeitung regelmäßig über die Arbeit unserer Partei im Bund, im Land und in den Kommunen informieren. Wir wollen damit eine „Gegenöffentlichkeit“ schaffen, da die örtliche Presse nur spärlich über unsere Arbeit informiert.



Bürgerinitiative stoppt Industriegebiet in Werne (Seite 11)

In Werne hat die Bevölkerung in einem Bürgerentscheid, den die Bürgerinitiative BIN gefordert hat, das Industriegebiet Nordlippestraße abgelehnt. Die Partei DIE LINKE in Werne hat die Bürgerinitiative unterstützt.



Bildung, Sozialpolitik, Klimaschutz (Seite 3)

Der Artikel erläutert einige Schwerpunkte des Landtagswahlprogrammes der LINKEN in Nordrhein-Westfalen. Es wird aufgezeigt, für welche politischen Inhalte die Linke in NRW steht und warum die Partei in den Landtag will.



Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1919 ermordet (Seite 15)

Am 15. Januar 1919 wurden die Führer des Spartakusbundes und die Mitbegründer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, grausam von rechtsradikalen Kräften und mit Billigung der politischen Führung ermordet.

Warnung!

Hier kommt der links.Rutsch!

Von Peter Weyers

Alle haben vor uns gewarnt vor der letzten Bundestagswahl und vor denen davor. Alle werden wieder vor uns warnen: vor der Landtagswahl 2022 in NRW.

Immer, wenn es knapp zu werden droht, greift das „bürgerliche Lager“ zu den immer gleichen Stereotypen: Sie schüren Angst vor Massenarbeitslosigkeit, Verlust von Freiheit und Sicherheit, Enteignungen und einer außenpolitischen Isolation Deutschlands als Folge einer Regierung durch eine Koalition von progressiven Parteien.

Diese Strategie hat ihren Ursprung in der Angst der herrschenden Klasse vor Veränderung, die bedeuten würde, dass es gerechter zugeht in unserer (globalen) Gesellschaft.

Das Kapital als die herrschende Klasse konnte sich die Welt in Pippi-Langstrumpf-Manier so machen, wie es ihr gefällt, weil die regierenden Parteien in den letzten Jahrzehnten nur zu gerne auch illegale Parteispenden angenommen haben, immer noch mit Aufsichtsratsposten belohnt werden und ihre „High Potentials“ wie Jens Spahn und Annalena Baerbock als „Young Global Leaders“ fünf Jahre auf vom Weltwirtschaftsforum finanzierte Bildungsveranstaltungen geschickt werden, damit sichergestellt ist, dass sie Politik machen, die den Konzernen gefällt.

Ein bekannter DHDL-Investor hat der FDP 750.000 €, ein anderer der CDU 200.000 € gespendet. Wenn Investoren so viel Geld in die Hand nehmen, verlan-

gen Sie dafür üblicherweise 25% bis 50% der Firmenanteile, weil sie mitbestimmen wollen. Wieso sollten sie bei diesem Deal darauf verzichten haben? Die Antwort lautet: Haben sie nicht. Mit solchen Spenden ist natürlich eine ganz klare Erwartungshaltung verknüpft!

Die Presse ist in der Hand von wenigen Großkapitalisten

Die TV- und die Printmedien unterliegen nicht nur in Deutschland einer immer stärkeren Konzentration. Große Konzerne wie Springer und Bertelsmann bestimmen, was gesendet oder gedruckt wird. Die Kommentare auf der Seite 2 in den Ruhr Nachrichten bekommt man in der Presseschau auf WDR 5 vollkommen identisch mit der Quellenangabe „Rheinische Post“ oder „Kölner Stadtanzeiger“ serviert. Die Folge ist, dass sich auch in der Berichterstattung immer mehr der Mainstream durchsetzt.

Wir wollen die richtigen Fragen stellen

Vom Landesparteitag von „Die Linke“ im Dezember 2021 wurde in den Ruhr Nachrichten mit keiner Silbe berichtet.

Deshalb soll links.rutsch als kostenlose Zeitung der Linken im Kreisverband Unna auch für eine Gegenöffentlichkeit sorgen, als Zeitung in der die tatsächlich richtigen Fragen gestellt werden.

- Wieso kann die Lufthansa die staatlich erhaltenen Hilfen in vollem Umfang als Dividende an ihre Aktionäre weiterreichen und kleine Gewerbetreibende müssen die Corona-Hilfen zum großen Teil zurückzahlen?

Geschlechtergerechtigkeit, Verbesserung der Lebenssituation und umfassende Teilhabe von Mädchen und Frauen.

Wir Frauen vom Kreisverband Die Linke Unna setzen uns gezielt für eine moderne Frauenpolitik auf kommunaler Ebene ein. Unser Ziel ist die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und die Verbesserung der Lebenssituation und umfassende Teilhabe von Mädchen und Frauen.

Was haben wir bisher gemacht?

Schon mal von Periodenarmut gehört?

Dieser Begriff beschreibt die Tatsache, dass sich viele Menschen keine Menstruationsartikel leisten können. Auch ist die Periode für junge Mädchen immer noch ein Tabu Thema in ihren Familien. Und schließlich sind unsere Körper keine Schweizer Uhrwerke und manchmal setzt die Regelblutung spontan unterwegs ein und dann muss sofort ein passendes Produkt zur Unterstützung her. Als logische Konsequenz, um Menstruierende in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu unterstützen haben wir Ratsanträge in Werne und Unna eingebracht, dass in Zukunft Menstruationsartikel kostenlos in Schu-

len und öffentlichen Gebäuden zugänglich gemacht werden sollen. In Unna beginnt nun in einer Schule ein Projekt hierzu. Wir glauben übrigens, dass wenn Männer auch menstruieren würden, diese Forderung schon längst umgesetzt worden wäre.



- Wieso haben wir einen historisch niedrigen Spitzensteuersatz und einen historisch hohen Mwst-Satz?
- Wieso wird der Hartz-IV Regelsatz um 3 € erhöht (entspricht 0,67%) obwohl die Inflation bei über 4% liegt?
- Wieso werden auch während der Corona-Pandemie Krankenhäuser geschlossen?
- Wieso verlangt die Bertelsmann-Stiftung die Schließung von hunderten Krankenhäusern?
- Wieso werden die Beschäftigten im Gesundheitswesen so verarscht?
- Wieso werden immer noch intakte Wälder abgeholzt, um Braunkohle zu verstromen oder Autobahnen zu bauen?
- Wieso können Kohlekraftwerke ans Netz gehen, ohne dass es eine gültige Baugenehmigung dafür gibt?
- Wieso können in diesem Land Faschisten als Lehrer arbeiten?
- Wieso werden Vereinigungen wie AT-TAC oder VVN-BdA für Ihren Einsatz gegen solche Missstände mit dem

Entzug der Gemeinnützigkeit bestraft? ■ Wieso wird die linke Tageszeitung „junge Welt“, die genossenschaftlich finanziert ist, im Verfassungsschutzbericht erwähnt?

Wir wollen in links.Rutsch alle diese und noch mehr notwendige Fragen stellen, zum Nachdenken und zum Mitmachen anregen.

Die Welt gerechter machen

Wenn wir unsere Welt gerechter machen und lebenswert für Alle erhalten wollen, brauchen wir Euch.



Dürfen Jungs eigentlich Kleider tragen?

Wir meinen: na klar! Auch Farben sind für alle da und die Lieblingsfarbe meines Sohnes ist Lila. Das sei eine magische Farbe, sagt er und recht hat er. Der Autor von „Prinzessinnenjungs“ Nils Pickert sieht das genauso. Um daran zu arbeiten, das einengende und diskriminierende Geschlechterbilder aus unserer Gesellschaft verschwinden haben wir eine Open Air Bildungsveranstaltung mit dem Autor organisiert. Ernst wurde es als es um Gewalterfahrungen ging. Der Autor sieht einen Zusammenhang zwischen den Anforderungen, welche die Gesellschaft an Jungen stellt und ihre Betroffenheit und die Ausübung von Gewalt.

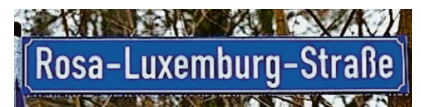
Wir schauen bei Gewalt nicht weg!

Als wir im Corona-Lockdown überlegten, was diese Situation für Familien bedeutet, in denen es häusliche Gewalt gibt, haben wir im Kreis z.B. in Lebensmittelgeschäften und Bäckereien Plakate mit Hilfsangeboten vom Frauenhaus des Kreises Unna und dem Hilfeteléfono des Bundesfamilienministeriums aufgehängt. Neben der konkreten Hilfe für Betroffene, wollten wir damit auch nicht Betroffene auf dieses wichtige Thema aufmerksam machen. Weiterhin fordern wir, in Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus,

dass Informationstafeln mit der Notrufnummer des Frauenhauses im Stadtgebiet aufgestellt werden. Wir akzeptieren die Ablehnung nicht, dass man (die Verwaltung) dann allen Vereinen eine solche Plattform zur Verfügung stellen muss, und unser Antrag damit abgelehnt wurde, während sich der City Werbering mit Informationstafeln zum Ehrenamt aufstellen kann. Das Thema „häusliche Gewalt“ werden wir weiterhin auf unserer Agenda haben und begleiten.

Wo ist die Rosa-Luxemburg-Straße?

Es gibt so viele Bereiche in den eine Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch nicht hergestellt ist. Aktuell sind weniger als fünf Prozent der Straßen in Unna nach Frauen benannt. Um die Leistungen von Frauen im öffentlichen Raum wahrnehmbar zu machen und geschichtliches Bewusstsein für weibliche



che Vorbilder zu schaffen, haben wir im Rat der Stadt Unna beantragt, dass in Zukunft bei Straßenneubennungen weibliche Persönlichkeiten bevorzugt berücksichtigt werden soll. Ziel ist hier eine Parität herzustellen.

Bildung, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik und Klimaschutz

Schwerpunkte des Landtagswahlprogrammes der LINKEN in Nordrhein-Westfalen

Die Partei durchlebt schwere Zeiten. In der Kommunalwahl 2020 und in der Bundestagswahl hat die Partei erheblich an Wähler:innenstimmen eingebüßt. Nun gilt es nach Vorne zu schauen und den Kampf um den Wiedereinzug in das Landesparlament zu führen. Der Landesparteitag im Dezember in Bielefeld hat dazu ein Wahlprogramm verabschiedet, mit dem den Menschen ein linkes Politikangebot gemacht werden soll. Nur mit einer starken linken Opposition können die Interessen der Menschen wieder in der Landespolitik gehört werden. Einige Schwerpunkte des Wahlprogrammes sollen hier vorgestellt werden.

Allen Menschen umfassende Bildung und Ausbildung garantieren

Millionen Menschen sind in NRW in Schule, Hochschule oder einer Berufsausbildung. Sie erleben, dass sie unter schlechten Bedingungen lernen müssen. „Das Land NRW hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern die größten Schulklassen, die geringsten Haushaltsmittel pro Schüler:in und die wenigsten Hochschullehrer:innen pro Student:in.“



Das Gleiche gilt für die Ausstattung der Schulen und Hochschulen. Viele Gebäude sind sanierungsbedürftig, es fehlt an Lehr- und Lernmitteln, die digitale Versorgung ist vielerorts dürftig.

Dafür muss das Land deutlich mehr Geld in die Hand nehmen und auch den Städten und Gemeinden die Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ihren Aufgaben als Schulträger nachkommen können.

DIE LINKE fordert ein gerechtes Schulsystem, dass Schluss macht mit der Selektion nach sozialen Gesichtspunkten. „Wir wollen das Schulsystem deshalb weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Diese Schule bezieht alle Schulformen, auch Förderschulen und Gymnasien, ein. Die gemeinsame Schule orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist inklusiv und sozial ausgleichend.“

DIE LINKE.

Armut und soziale Spaltung überwinden

Obwohl Deutschland ein sehr reiches Land ist, hat sich das Armutsrisiko in den letzten Jahren stark erhöht. Die Armutsquote hat in Deutschland während der Pandemie ein Rekordhoch erreicht. 16,1 Prozent der Bevölkerung – das entspricht 13,4 Millionen Menschen – haben ein Einkommen von unter 60% des Durchschnittseinkommen und müssen zu den Armen gerechnet werden. Ursache für diese Entwicklung ist die „beispiellose Deregulierung, Flexibilisierung und Prekarisierung am Arbeitsmarkt.“



In den letzten Jahrzehnten sind in den Betrieben und Verwaltungen die sozial abgesicherten, gut entlohnten und unbefristeten Normalarbeitsverhältnisse aufgelöst worden. Die zurückgehende Tarifbindung und der Zwang zur Annahme schlechter Arbeitsverhältnisse durch das Hartz-IV-System führen dazu, dass viele Menschen nicht mehr selbstbestimmt, in Würde und ohne Angst vor Armut leben können.

Für viele Regelungen des Arbeitsverhältnisses ist der Bund zuständig. Das Land NRW hat jedoch auch eigene Möglichkeiten, hier Einfluss zu nehmen.

Das Land kann z. B.

- den Arbeitsschutz deutlich ausbauen und die Arbeitsschutzbehörden stärken.
- das Tariftrue- und Vergabegesetz des Landes so stärken, dass nur Unternehmen, die tarifgebunden sind, Aufträge vom Staat erhalten.
- im öffentlichen Dienst Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse verbieten.
- die Arbeitszeit der Beamt:innen auf die Arbeitszeit der Angestell:innen senken und mehr Stellen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit schaffen.

Das Land hat ein Initiativrecht für Gesetzesänderungen über den Bundesrat. Diese Möglichkeit muss genutzt werden, um die restriktiven Gesetze, die zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen geführt haben, zu verändern.

Systemwechsel bei Gesundheit und Pflege

Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, dass unser Gesundheits- und Pflegesystem unzureichend ist. In den letzten Jahren hat hier eine deutliche Verschlechterung stattgefunden.

„Doch trotz dieses Mangels hielt die Landesregierung an der Schließung und Zentralisierung von Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen fest. Die Coronapandemie verschärfte nochmals die finanzielle Situation der bereits seit langem unterfinanzierten Krankenhäuser. Damit muss Schluss sein! Wir brauchen eine Krankenhausplanung, die sich an wirklichen Pflegebedarfen ausrichtet und Reserven für Notfälle und Pandemien vorhält.“

Das Land ist verpflichtet, die Investitionen der Krankenhäuser zu finanzieren. Das Land kommt dieser Verpflichtung nicht nach. Der Investitionsstau der Krankenhäuser in NRW liegt bei rund 12,5 Milliarden Euro. Die Krankenhäuser müssen auch die Investitionen über ihre Einnahmen finanzieren, die eigentlich nur für Heilung und Pflege vorgesehen sind.



DIE LINKE unterstützt die Forderungen der „Volksinitiative gesunde Krankenhäuser in NRW für ALLE“: Krankenhäuser sollen wohnortnah und bedarfsorientiert für alle in NRW geplant werden. Notwendig ist eine intensive Analyse und ausreichend Zeit, um einen neuen Krankenhausplan NRW zu erstellen. Die Gesundheitsversorgung muss sich an den Pflegebedarfen und an guter Qualität orientieren. Alle

erforderlichen Investitionskosten müssen durch das Land NRW finanziert und ein Sonderprogramm zur Behebung des Investitionsstaus von aktuell über 12,5 Milliarden Euro bis 2024 aufgelegt werden. Das ist gesetzliche geregelte Aufgabe des Landes NRW.

Die Arbeitsbedingungen und die Gehälter der Beschäftigten in den Krankenhäusern und in der Pflege müssen stark verbessert werden. Das bedeutet auch: mehr Personal und eine gesetzliche Personalbemessung, die eine gute Versorgung sicherstellt.

„Die Landesregierung soll sich für eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Fallpauschalen und dem Verbot von Profiteuren einsetzen.“

Klima retten, Umwelt schützen

Die Politik und die Wirtschaft wird in den nächsten Jahren entscheiden, ob das 1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung erreicht werden kann.

„DIE LINKE NRW will den sozial-ökologischen Systemwechsel. Wir wollen die Ausbeutung von Mensch und Natur beenden. Dabei dürfen die Kosten nicht auf diejenigen abgewälzt werden, die schon heute nicht genug haben.“

Das erfordert

- den unverzüglichen Ausstieg aus der Braunkohlewirtschaft im Rheinischen Revier,
- den schnellen ökologischen Umbau der Stahlproduktion von Thyssen-Krupp in Duisburg
- den flächendeckenden Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme und
- den beschleunigten Ausbau von Windenergie und solarer Stromerzeugung.

„Auch in Nordrhein-Westfalen entscheidet der Geldbeutel darüber, wer sich einen ökologischen Lebensstil leisten kann. Der Klimawandel ist auch eine Frage von Arm und Reich. Auch in Deutschland ist eine sozialökologische Wende eine Frage der Gerechtigkeit. Je höher die Einkommen sind, desto höher sind die verursachte Umweltbelastung und der CO₂-Ausstoß pro Haushalt. Den Preis dagegen zahlen die Armen, die sich nicht gegen Klimaschäden versichern oder bei steigenden Lebensmittelpreisen sich das Essen nicht mehr werden leisten können. Wir wollen eine sozialökologische Wende, von der alle Menschen durch bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde Nahrungsmittel und mehr Lebensqualität profitieren.“



Kiffen für's Klima?

Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Die Überschrift der Präambel des Koalitionsvertrages der Ampelregierung zeigt deutlich, welche Schwerpunkte in welcher Reihenfolge für die drei Ampelparteien wichtig sind. Man kann durchaus den Eindruck haben, dass die kleinste Regierungspartei die tiefsten Spuren im Treibsand der Absichtserklärung, die Koalitionsvertrag genannt wird, hinterlassen hat.

Das liegt nicht nur an den Themen, die explizit in den 177 Seiten genannt werden, sondern auch an den Themen die nicht vorkommen, aber in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen propagiert worden sind:

- Einführung einer Vermögenssteuer
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen
- Streichung der Schuldenbremse aus dem Grundgesetz
- Einführung eines Tempolimits
- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung

Anhebung der Hartz-IV Regelsätze
SPD und Grüne wollten vor der Wahl eine Vermögensteuer für sehr Reiche (wieder) einführen. Sie kommt nicht. SPD und Grüne wollten ebenfalls den Spitzensteuersatz anheben, von derzeit 42 % auf 48%. Davon steht ebenfalls nichts im Koalitionsvertrag. Beides hatte die FDP schon in den Sondierungsgesprächen ausgeschlossen. Trotzdem wurden Koalitionsverhandlungen aufgenommen.

Die Grünen wollten außerdem die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz entfernen, um Spielraum für die notwendigen Investitionen für den Klimaschutz zu erhalten. Scholz war schon immer ein Verfechter der Schuldenbremse. Gegen ihn und die FDP konnten sich die Grünen nicht durchsetzen.

Soziales

Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro wird für einige Millionen Beschäftigte während der Beschäftigungsphase spürbare Verbesserungen bringen. Allerdings wird die Erhöhung nicht vor Altersarmut schützen.

Wenn man von 170 Arbeitsstunden pro Monat ausgeht und von 13 Monatsgehältern pro Jahr, bedeuten 12 Euro Stundenlohn einen Jahresbruttoverdienst von 26.500 Euro.

Einen ganzen Rentenpunkt im Wert von 34,19 Euro erhält man bei einem Jahresverdienst von 41.500 Euro. Mit einem auf 12 Euro basierenden Jahresverdienst erwirbt man 0,64 Rentenpunkte, also einen Rentenanspruch von ca. 21,80 € pro Jahr. Nach 40 Jahren Erwerbstätigkeit hat man auf dieser Basis einen Rentenanspruch von 872,50 Euro. Damit ist man arm. Selbst dann, wenn man tatsächlich eine Erwerbsbiografie von 40 Jahren mit einem regelmäßigen 13. Monatsgehalt vorweisen kann. Wenn nicht, ist man ärmer.

Natürlich ist es für jemanden, der zu Mindestlohnbedingungen arbeiten muss,

eine spürbare Verbesserung, der statt seiner Erwerbstätigkeit nicht mehr aufstocken zu müssen. Allerdings hat die Erhöhung des Mindestlohnes von derzeit 9,60 Euro auf 12 Euro keinerlei positive Auswirkungen auf die finanzielle Situation im Alter, weil man maximal einen Grundsicherungsanspruch erwirbt.

Für die Sozialkassen hat der Mindestlohn ebenfalls positive Auswirkungen: Die Beschäftigten erwirtschaften ihren Rentenanspruch auf Grundsicherungsniveau selbst. Es ist keine oder nur eine geringere Aufstockung auf dieses Niveau aus Steuermitteln notwendig.

Eine noch positivere Auswirkung auf die Rentenkasse hätte die Einführung einer solidarischen Bürger:innenversicherung bedeutet: alle Beschäftigte, auch Selbständige und Beamt:innen zahlen Pflichtbeiträge in die Rentenversicherung. Die Beitragsbemessungsgrenze, die verhindert, dass Gutverdienende einen solidarischen Beitrag in die Sozialkassen zahlen, würde deutlich erhöht werden.

Stattdessen soll ein Teil der gesetzlichen Rentenversicherung aktienfinanziert werden.

Das wird nicht den Rentenversicherten helfen, sondern nur den Versicherungskonzernen, die schon mit Hilfe der Riesterreite die Taschen ihrer Aktionäre auf Kosten der Versicherten vollgemacht haben.

Einige (Schein-)Selbständige sind schon heute pflichtversichert in der gesetzlichen Rentenversicherung. Das sind in der Regel solche Selbständigen, für die die Regel gilt: Sie arbeiten selbst und ständig. Das gilt für viele Handwerker und Handwerkerinnen und etwa freiberufliche Dozenten und Dozentinnen.

Für Freiberufler und Freiberuflerinnen wie Anwälte und Anwältinnen, Steuerberater und Steuerberaterinnen sowie Architekten und Architektinnen mit einem ungleich höheren Einkommen gilt das nicht. Sie müssen keinen Cent in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Diese Gruppen bilden das typische Klientel der FDP. Freiheit gilt immer nur für sie selbst.

Gerecht sieht anders aus!

Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die 2021 weniger als 7.100 Euro im Monat verdient haben, galt ein Rentenversicherungsbeitragsatz von 18,6 % auf das komplette Einkommen, also jeweils 9,3% Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil.

Jemand der 9.000 Euro brutto verdient, zahlt allerdings nur 7,34% Beitrag.

Statt aber die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen, damit auch Sehrgutverdiener einen solidarischen Beitrag zahlen, wird sie für 2022 sogar gesenkt, auf 7050 Euro in den alten Bundesländern.

Eine Folge der Erhöhung des Mindestlohns ist die Anhebung der Minijob-Gren-

ze auf 520 Euro.

Hierdurch wurde die Gelegenheit verpasst, Beschäftigte, die wegen der Erhöhung des Mindestlohnes die alte Grenze von 450 Euro überschreiten, wieder zurück in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb der Gleitzone zu bringen. Das hätte die Sozialversicherungskassen und die Rechte der Beschäftigten gestärkt.

Außer in der Gastronomie, wo viele

lichkeit.

Dies ist bei verschiedenen Projekten im Detail belegt. Als Negativbeispiele dienen der Ausbau der Autobahn A1 zwischen Hamburg und Bremen, der Neubau eines Gefängnisses in Rostock sowie die Elbphilharmonie Hamburg. Dieter Engels, von 2002 bis 2014 Präsident des Bundesrechnungshofs: "Die beteiligten Unternehmen müssen anders als der Staat Gewinne erzielen, ihre Kreditkosten aber



Studierende sich ihr Studium finanzieren, waren und sind Minijobs ein Werkzeug, um prekäre, unsichere Beschäftigung zu fördern und großer Bestandteil des Niedriglohnssektors, der unter Kanzler Schröder geschaffen wurde. Minijobs sind verantwortlich für den Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auf die unsere Sozialkassen so sehr angewiesen sind. Geringfügig Beschäftigte erhalten in vielen Fällen keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und auch keinen bezahlten Urlaub, obwohl sie Anspruch darauf hätten.

Von einer Erhöhung der Hartz-IV Regelsätze, nach der die Grünen gerufen haben, steht im Koalitionsvertrag nichts, obwohl wir aktuell eine Inflation haben, die signifikant ist und der für Energiekosten vorgesehene Anteil schon jetzt bei Weitem nicht ausreicht.

Investitionen

Die Aussetzung der Schuldenbremse soll noch 2022 wieder beendet werden. Wie mit Schuldenbremse und ohne Steuererhöhungen die für den Klimaschutz erforderlichen Investitionen finanziert werden sollen, wird nicht klar.

Bleibt zu hoffen, dass nicht nur die zu erwartenden Steuereinnahmen aus der Legalisierung von Cannabis für die Finanzierung des Klimaschutzes erhalten müssen. Das würde sonst sehr an alte Werbesprüche erinnern:

„Kiffen für's Klima“ statt: „Tanken für die Rente“ oder „Saufen für den Regenwald“.

Auch private Investitionen sollen gefördert werden. Damit sind wohl Public Private Partnerships (PPP) gemeint. An privatem Kapital auf der Suche nach Renditen mangelt es jedenfalls nicht.

Letztlich gehen PPP oft zu Lasten der Allgemeinheit: Nachteile von PPP sind: Geheimhaltung der Verträge, keine parlamentarische Kontrolle, Anfälligkeit für Korruption und mangelnde Wirtschaft-

sind höher als die des Staates. Allein dieser Zusammenhang machen PPP in der Regel unwirtschaftlich. Außerdem bieten PPP die Umgehung der Schuldenbremse, weil die Kosten durch den privaten Partner vorfinanziert werden.

Verkehr

Bei der Entscheidung gegen ein Tempolimit hat man den Eindruck, die Union würde noch mitregieren. Hier zählt die Freiheit der (Tot-) Raser mehr als die körperliche Unversehrtheit und das Leben der Opfer, die durch ein Tempolimit verhindert werden können. Freiheit wie die FDP sie meint: Die Freiheit der Stärkeren!

Klima

Klimaziele werden im Vertrag nur sehr schwammig formuliert: „Idealerweise kommt der Kohleausstieg bis 2030“. Das hört sich nicht nach einem Versprechen an.

Selbst wenn die Grünen ihre Wahlkampfaussagen 1:1 in den Koalitionsvertrag schreiben können, würde das nach Meinung führender Experten nicht ausreichen, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen.

Neben ihren vielen Opfern hat die Corona-Pandemie noch eine sehr schlimme Auswirkung: Sie lenkt von der Klima-Katastrophe ab. Die Bezeichnung „Klimakrise“ wird dem Geschehen nicht gerecht. Die bisher aufgezeigten Handlungsoptionen ebenfalls nicht. Elektromobilität, CO²-Steuer und Emissionshandel sind weder ausreichend noch effizient. Das alles ist ein hilfloses Herumdoktern mit Mitteln, die zu dieser Katastrophe geführt haben: Mittel einer neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Dieser Koalitionsvertrag wird der globalen existenziellen Krise, in der wir uns befinden, nicht gerecht. Um diese Krise zu meistern, müssen wir uns und unsere Lebensweise radikal verändern. Die Symptome lassen sich nicht so einfach be-

seitigen, wir müssen das System ändern, was uns in die Katastrophe führt.

Die Industrienationen im globalen Norden sind zum ersten Mal betroffen von den Auswirkungen der Krise, nicht nur durch Starkregenereignisse, Überschwemmungen, Waldbrände und Hurrikans, deren gehäuftes Auftreten die ganze Hilflosigkeit der Menschheit deutlich werden lässt. Wenn schon wir uns in Deutschland und in anderen Industrienationen nicht wirklich gegen Überschwemmungen, Waldbrände und Hurrikans wehren können, wie sollen es dann die Menschen des globalen Südens, wo Böden wegen der Trockenheit nicht mehr zur Landwirtschaft taugen, wo heute schon Temperaturen von über 50 Grad zur Normalität geworden sind. Die Menschen dort verlieren ihre Existenzgrundlage! Wer will es Ihnen verdenken, wenn sie sich auf den Weg in den Norden machen, um einen Weg zum Überleben zu finden? Denn darum geht es: Um's Überleben.

Was macht der globale Norden? Er schottet sich ab und lässt Menschen im Mittelmeer ertrinken, in Flüchtlingslagern dahinvegetieren und an der polnischen Grenze zu Belarus sterben.

Von einer humanistisch geprägten Migrationspolitik gibt es im Koalitionsvertrag keine Spur.

Kumi Naidoo, Generalsekretär von Amnesty International: „Wir müssen nicht nur über den Tellerrand hinausschauen. Wir müssen den Teller nehmen und ihn sehr, sehr weit wegwerfen!“

Gesundheitspolitik

Im Sumpf der Lobbyisten und der Interessengruppen haben sich die Mächtigen

durchgesetzt.

Die gesundheitspolitischen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Ampel erfüllen in keiner Weise den Anspruch eines politischen Paradigmenwechsels. Auch in der Gesundheitspolitik hat sich an entscheidenden Punkten die FDP mit ihren neoliberalen Leitplanken durchgesetzt.

Solidarische Bürgerversicherung? Fehlanzeige.

Von einer solidarischen Bürgerversicherung – immerhin eine zentrale Forderung von SPD und Grünen in ihren Wahlprogrammen – findet sich kein Wort im Koalitionsvertrag. Stattdessen gibt es ein inhaltsloses Bekenntnis zu einer „stabilen und verlässlichen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung“. Krankenhäuser: Weiter-so trotz Corona-Katastrophe

Die große Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Fehlentwicklungen der Krankenhausversorgung wird in neun Zeilen abgehandelt. Und diese wenigen Sätze signalisieren im Großen und Ganzen ein Weiter-so trotz der erschreckenden Erfahrungen in der Corona-Pandemie. Die Ursachen der eklatanten Missstände sind bekannt: fehlende Planungskonzepte der zuständigen Länder und ein katastrophales Finanzierungssystem, das aus Krankenhäusern Wirtschaftsunternehmen gemacht hat, die für die Dividende ihrer Aktionäre arbeiten und den ihnen Anvertrauten lukrative Behandlungen verkaufen. Damit zufrieden sind nur die privaten Krankenhausgesellschaften, weil sie stabile und meist steigende Gewinne mit ihren Klinikfabriken einfahren können.

Doch kein Wort davon im Koalitions-

vertrag. Dem großen Frust in der Bevölkerung und bei den Beschäftigten wird mit einzelnen Reparaturmaßnahmen begegnet, die an der Wurzel des Problems nicht rühren: ein paar von Fallpauschalen (DRG) unabhängige Finanzierungselemente und das vage Versprechen, die am meisten notleidenden Fachabteilungen für Geburtshilfe, Notfallmedizin und Pädiatrie „kurzfristig“ finanziell über Wasser zu halten.

Gesundheitswesen muss am Gemeinwohl orientiert sein

Im Sumpf der verschiedenen Interessengruppen haben sich wieder die Mächtigen und Profiteure durchgesetzt. Die Linke wird an der Seite der Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser“ und Organisationen wie ATTAC weiter kämpfen für ein Gesundheitswesen, das am Gemeinwohl orientiert ist. Das heißt konkret:

Nur eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung, für die Alle einkommensabhängige, solidarische Beiträge zahlen, schafft einen ungehinderten Zugang zu allen Gesundheitsdienstleistungen für jeden Menschen in diesem Land.

Auch Menschen ohne Wohnsitz und ohne Papiere haben ein Recht auf Behandlung, daher braucht es endlich einen anonymen Behandlungsschein.

Krankenhäuser dürfen keine Wirtschaftsunternehmen mehr sein, sondern müssen wieder der Daseinsvorsorge für alle dienen. Das gelingt nur durch ein

gesetzliches Gewinnverbot und die Abschaffung der DRG-Fallpauschalen. Behandlungskosten müssen nachgewiesen und dann von den Krankenkassen bezahlt werden.

Die Bundesländer müssen gesetzlich verpflichtet werden, ihrer Aufgabe zur



Gesunde Krankenhäuser. Mehr Gehalt, mehr Personal.

DIE LINKE.

Deckung der Investitionskosten der Krankenhäuser nachzukommen.

Das Krankenhaussterben aus betriebswirtschaftlichen Gründen muss ein Ende haben. Die Bundesländer müssen wieder verbindliche Planungsgrundlagen schaffen, die die stationäre Versorgung auch auf dem Land dauerhaft sicherstellen.

Klatschen reicht nicht! Gute Versorgung im Krankenhaus braucht gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten. Daher Schluss mit Dumpinglöhnen in Tochtergesellschaften, Tarifbezahlung nach TVöD für alle Mitarbeiter:innen!

Der DGB zum Entwicklungskonzept Lippolthausen 2030

Wie die Stadt Lünen auf ihrer Homepage schreibt, liegen im Ortsteil Lippolthausen „die größten zusammenhängenden Gewerbeflächen der Stadt Lünen. Dies macht den Ortsteil zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort der Stadt.“ Der Standort ist zudem durch gleich zwei Kohlekraftwerke der STEAG (zu Ende 2018 geschlossen) und Trianel (im Dezember 2013 ans Netz gegangen) geprägt, wodurch sich spätestens 2038 – wenn alle Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden sollen – weitere Entwicklungsflächen darstellen. Aus diesem Grund hat die Stadt Lünen das Entwicklungskonzept Lippolthausen 2030 aufgestellt, um eine Entwicklungsperspektive für den Wirtschaftsstandort Lippolthausen als Planungs- und Handlungsgrundlage weiterer Planungsprozesse darzustellen.

Die Stadt Lünen hat bei den „sonstigen Trägern öffentlicher Belange“, nicht jedoch beim DGB Stellungnahmen erbeten. Durch die DGB-Gewerkschaften werden ca. 7.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt vertreten. Damit sind die Gewerkschaften eine der größten Interessenvertretungen in Lünen. Der DGB Ortsverband Lünen hat aus diesem Grund unaufgefordert Stellung zum Entwurf des

Entwicklungskonzeptes Lippolthausen bezogen.

In dieser Stellungnahme zum sachlichen Teilplan regionale Kooperationsstandorte hat das IGBCE Regionalforum Lünen vorgeschlagen, die Steag-Fläche als Industriefläche mit der Signatur „Umweltfreundliche Energieerzeugung, Speicherung und Verteilung“ auszuweisen. Dies wurde begründet mit der Erkenntnis, dass die Energiewende nur gelingt, wenn diese Fläche zur Erzeugung regenerativer Energie genutzt wird. Dies gehört aus Sicht des DGB Ortsverbandes Lünen zur Daseinsvorsorge. Zudem verfügt die Fläche des STEAG-Kraftwerkes über die besten Voraussetzungen als Standort für umweltfreundliche Energieerzeugung:

- Industriefläche mit der Signatur „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“
- Anschlussleitungen an das überregionale sowie an das örtliche Stromnetz auf nahezu allen Spannungsebenen
- Anschluss an das Ferngasnetz

- Nähe zum überregionalen Gas-Verdichter der OGE in Werne-Ehringhausen (15 km)
- Lage am Datteln – Hamm Kanal, Nähe zum Stadthafen und zum Stummhafen
- Anschluss an das Bahnnetz (Hamm-Osterfelder Bahn)
- Nähe zur Bundesautobahn A2
- Gut ausgebildete Mitarbeiter:innen in kraftwerksrelevanten Berufen
- Hohe Akzeptanz in der Bevölkerung im Umfeld

Der DGB Ortsverband Lünen hat bereits seit 2016 darauf gedrungen, Lippolthausen als Standort für Zukunftsbranchen des Energie- und Umweltsektors zu nutzen. Diese Branchen zahlen sich durch gute Wachstums- und Be-



schäftigungschancen aus:

Nach Auffassung des DGB bewirken Investitionen in diese Branchen deutliche Verbesserungen von Strukturindikatoren. Beispielhaft dafür seien genannt die Zunahme komplexer Tätigkeiten, die Steigerung des Forschungs- und Entwicklungsanteils und eine Reduzierung des hohen Anteils an Beschäftigten im Bereich der niedrig entlohnten Tätigkeiten.

Der DGB Ortsverband Lünen hat seit Jahren konkrete Vorschläge unterbreitet z.B. für einen Wasserstoffstandort mit Erzeugung, Anlagen- und Apparatebau sowie Umrüstung bestehender Energieverbraucher. Zudem ist der Industriestandort Lippolthausen geprägt durch tarifgebundene Industriebetriebe, die zudem der betrieblichen Mitbestimmung verpflichtet sind. Die ortsansässigen Branchen und die Tarifbindung sichern den Beschäftigten gute Einkommen und gute Tarifbedingungen. Die Standards für Arbeits- und Gesundheitsschutz sind hoch. Die Qualifikation der Beschäftigten wird durch Weiterbildungsmaßnahmen gefördert.

Neues aus dem Hartz.

Was ändert sich in 2022?

Ab dem 1. Januar 2022 gelten neue Regelbedarfe in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) in Höhe der vergleichbaren Regelbedarfsstufen (RBS) nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch:

- für alleinstehende und alleinerziehende Leistungsberechtigte: 449 Euro (RBS 1)
- für zwei Partner der Bedarfsgemeinschaft, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, jeweils: 404 Euro (RBS 2)
- für sonstige erwerbsfähige Angehörige einer Bedarfsgemeinschaft, sofern sie das 18. Lebensjahr vollendet haben bzw. für erwachsene Leistungsrechtige unter 25 Jahren, die ohne Zusicherung des Jobcenters umziehen: 360 Euro (RBS 3)
- für Jugendliche im 15. Lebensjahr bis unter 18 Jahre: 376 Euro (RBS 4)
- für Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres: 311 Euro (RBS 5)
- für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres: 285 Euro (RBS 6)
- Für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf ergibt sich für das erste Schulhalbjahr 2022 eine Erhöhung auf 104 Euro und für das zweite Schulhalbjahr eine Erhöhung auf 52,00 Euro.

Wieso Hartz IV zu wenig zum Leben ist

Immer mehr Menschen in Deutschland nutzen Tafeln. Ein Grund sind die knappen Hartz-IV-Bezüge, die sich am Existenzminimum ausrichten. Das aber wird - mit Wissen der Regierung - seit Jahren zu niedrig berechnet.

Ist die bloße Existenz von Tafeln ein

Ausdruck politischen Versagens? Diese Frage rückt einen alten Streit ins Blickfeld: Reicht Hartz IV zum Leben? Dazu haben mehr als 30 Sozialverbände und Organisationen eine klare Meinung zu Wort. „Die Regelsätze sind zu gering, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken“, teilten sie mit. Die Zahl der Armen werde immer größer, allein die Existenz von Tafeln sei Ausdruck politischen Versagens.



Tafelausgabe (Foto: pixabay)

Doch in diesem Punkt stimmen selbst Experten zu, die Hartz IV grundsätzlich befürworten: „Ich halte den Regelsatz nicht für fair berechnet“, sagt Georg Cremer, der frühere Generalsekretär des Caritasverbandes.

Die Caritas gehört ebenso wie die Diakonie nicht zu dem Bündnis der Sozialverbände, und insbesondere Cremer vermeidet schrille Töne in Debatten über Sozialpolitik. Doch in diesem Fall übt auch er klare Kritik.

Tatsächlich ist - da sind sich selbst intensiv damit befasste Expert:innen sicher - der Regelsatz von 419 Euro im Monat für einen Single-Haushalt zu niedrig. Und das völlig unabhängig von politischen Bewertungen. Das ist keine Nebensächlichkeit: Der Regelsatz soll schließlich nur das Existenzminimum abdecken - wer weniger bekommt, dessen Existenz ist per Definition also gefährdet.

Der Regelsatz ist viel zu niedrig

Der Grund dafür ist, dass sehr viele verdeckte Arme bei der Bewertung nicht erfasst werden. Das wiederum verzerrt die verwendeten Statistiken.

Doch wie kann das im Einzelnen sein? Schließlich wird der Regelbedarf nicht willkürlich festgelegt, sondern muss in einem „transparenten und sachgerechten Verfahren“ ermittelt werden. So hat es das Bundesverfassungsgericht 2010 festgelegt - und in einem weiteren Urteil 2014 festgestellt, dass die Berechnung verfassungsgemäß ist.

Um zu verstehen, wieso der Regelsatz - selbst nach Einschätzung der Bundesregierung - zu niedrig liegt, muss man sich die Berechnung genauer ansehen: Das Existenzminimum wird mithilfe der sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ermittelt. Seit 1962 befragen die amtlichen Statistiker alle fünf Jahre Zehntausende von Haushalten in der Bundesrepublik sehr detailliert zu ihren Einkommen, ihren Ausgaben und ihrem Besitz - zuletzt waren es im Jahr 2013 etwa 60.000 Haushalte in Deutschland.

Für das Existenzminimum ist das Konsumverhalten jener Haushalte die Grundlage, deren Einkommen gerade so hoch ist, dass sie nicht ausschließlich auf Sozialleistungen angewiesen sind - also einer Vergleichsgruppe knapp oberhalb derer, für die die Höhe der Grundsicherung berechnet werden soll. Konkret sind das im Fall von Single-Haushalten die unteren 15 Prozent dieser Haushalte. Wie viel geben sie im Schnitt für Nahrung aus? Wie viel für Kleidung, für Möbel, für Fahrkarten oder Benzin, für Kinokarten oder Bücher?

Von diesen Ausgaben werden einige abgezogen, entweder weil sie bei Hartz-IV-Empfängern von anderer Stelle bezahlt werden oder weil sie für das Existenzminimum als nicht notwendig erachtet werden. Beispiele sind Ausgaben für Tabak, Alkohol oder Schnittblumen. Laut Berechnungen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung wurden so aus den rund 535 Euro, die ein Single-Haushalt in der Vergleichsgruppe im Jahr 2008 ohne Miet- und Heizkosten monatlich ausgab, knapp 362 Euro, die im Regelbedarf berücksichtigt wurden.

Klar ist: Hier ist viel Platz für politischen Streit - auch weil das Existenzminimum ausdrücklich nicht nur das reine physische Überleben sichern soll, sondern auch die Teilhabe an der Gesellschaft. Ob dazu auch Schnittblumen gehören oder nicht, wird ein überzeugter Wirtschaftsliberaler anders bewerten als ein:e ebenso überzeugte:r Linke:r.

Berechnung der Hartz IV-Sätze fehlerhaft

Unstrittig ist aber, dass die statistische Grundlage der Berechnung fehlerhaft ist: In der Theorie sollen die 15 ärmsten Prozent der Haushalte die Vergleichsgruppe bilden, die gerade noch so viel verdienen, dass sie nicht ausschließlich von Sozialleistungen leben müssen. In der Praxis werden aber die 15 ärmsten Prozent be-

trachtet, die faktisch keine Sozialleistungen beziehen - ob sie nun Anspruch darauf haben oder nicht.

Dieser Unterschied ist bedeutend, denn es gibt viele sogenannte verdeckte Arme in Deutschland - Menschen, die so wenig Einkommen haben, dass ihnen Sozialleistungen zustehen, die sie aber nicht beantragen, aus Scham, Unwissen oder anderen Gründen. Eigentlich müssen sie aus der Vergleichsgruppe herausgenommen werden, so hatte es auch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2010 gesehen. Für sie würden dann Haushalte mit höheren Einkommen in die Vergleichsgruppe nachrücken - die dementsprechend auch mehr Geld für ihre Lebensführung ausgeben. Der Effekt ist klar: Das berechnete Existenzminimum würde steigen.

Verdeckte Armut in Deutschland

Doch wie viele verdeckte Arme gibt es, die herausgerechnet werden müssen? Ein Gutachten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kam 2013 zu dem Ergebnis: Geschätzt beantragen etwa 34 bis 44 Prozent der Berechtigten keine Sozialleistungen. Also eine erhebliche Zahl. Wobei es in der Natur der Sache liegt, dass ihre Zahl nicht exakt beziffert werden kann. In Auftrag gegeben hatte das Gutachten die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung. Die zog daraus allerdings die Konsequenz, nichts an der Berechnung des Existenzminimums zu ändern - weil die Zahl der verdeckt Armen nicht exakt ermittelt werden könne. Auch die schwarz-rote Nachfolgerregierung blieb bei diesem Standpunkt.

Viele Kritiker halten diese Begründung für hanebüchen - schließlich hatte das IAB die verdeckte Armut auch auf Grundlage der Stichprobe geschätzt, die ja auch zur Berechnung des Regelbedarfs dient. „Die statistischen Unschärfen dieser Datengrundlage können nicht an einer Stelle akzeptiert, an anderer Stelle aber abgelehnt werden“, heißt es bei der Caritas. Doch genau das ist bis heute der Fall - und führt zu einer irritierenden Situation: Fast niemand bestreitet, dass das Existenzminimum zu niedrig berechnet ist; erhöht wird es dennoch nicht.

Zu diesem objektiven Missstand kommt eine politisch zumindest sehr fragwürdige Entscheidung der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung als Reaktion auf das Urteil des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2010: Im Fall von Single-Haushalten verkleinerte sie nämlich die Vergleichsgruppe für die Berechnung des Existenzminimums. Bis dahin umfasste sie stets die ärmsten 20 Prozent der Haushalte, nun sind es nur noch die ärmsten 15 Prozent.

Das Ergebnis: Obwohl der Regelbedarf nun in einem neuen, „transparenten und sachgerechten Verfahren“ berechnet wurde, lag er exakt so hoch wie zuvor, als er zum Teil politisch festgelegt wurde. Dabei hätte er für einen Single um etwa 25 Euro im Monat höher liegen müssen, wenn die verdeckte Armut berücksichtigt und die Vergleichsgruppe nicht willkürlich verkleinert worden wäre. So berechnete



es die Caritas damals auf Grundlage der Stichprobe aus dem Jahr 2008.

Mindestens 60 Euro mehr müssten es sein

Dazu kommt ein weiteres Problem: Eigentlich müsste der Regelbedarf verfassungsrechtlich so hoch sein, dass der oder die Einzelne je nach den persönli-

chen Umständen von einer Position zur anderen umschichten kann – also etwas weniger für Kleidung ausgeben und dafür mehr für Nahrung. Solch eine sogenannte Flexibilitätsreserve gibt es aber nicht, denn die Ausgaben der Vergleichsgruppe wurden ausgesprochen rigoros zusammengestrichen – etwa die für Alkohol. In der Folge sparen Betroffene meist an den spärlichen Posten, die für die gesellschaftliche Teilhabe vorgesehen sind.

Hier kommt es wieder zur Debatte um

die Tafel: Womöglich werden sie auch deshalb von so vielen Menschen genutzt, um bei Lebensmitteln zu sparen und sich etwas anderes leisten zu können, das vom Regelbedarf nicht gedeckt wird.

Würde zusätzlich eine solche Flexibilitätsreserve eingerechnet, müsste der Regelbedarf für einen Single den Caritas-Berechnungen zufolge um etwa 60 Euro höher liegen – wohlgerne nicht aus Großzügigkeit, sondern um die Anforderungen an ein Existenzminimum zu erfüllen.

Erhöhung wäre teuer

Allerdings hätte eine Erhöhung des Regelbedarfs erhebliche Auswirkungen, auf einen Schlag hätten Hunderttausende Haushalte mehr einen Anspruch auf Hartz IV – was einer Bundesregierung bei nächster Gelegenheit als Beleg für eine angeblich gewachsene Armut vorgehalten werden könnte.

Zwei weitere Folgen eines höheren Existenzminimums:

1. Die Auswirkungen wären auch auf die **Einkommensteuer** beträchtlich – das Existenzminimum dient ja nicht nur zur Berechnung des Regelbedarfs, sondern auch zur Festlegung des Grundfreibetrags. Würde der Freibetrag entsprechend steigen, käme das einer **Steuersenkung**

gleich.

2. Der **Mindestlohn** müsste kräftiger steigen als bisher – schließlich gilt das Lohnabstandsgebot, also die Vorgabe, dass Erwerbsarbeit finanziell attraktiver sein soll als der Bezug von Sozialleistungen.

Es gibt also durchaus nachvollziehbare Gründe, weshalb der Gesetzgeber eine Erhöhung scheut. Aber das ändert nichts an der Tatsache: Das Existenzminimum ist zu niedrig berechnet – und das trifft die Ärmsten.

Zusammengefasst: Das Existenzminimum ist für die Höhe des Hartz-IV-Satzes maßgeblich, wird jedoch seit Jahren zu niedrig berechnet. Ein Grund sind die verdeckt Armen, die die Statistik verfälschen und deren Zahl nur geschätzt werden kann. Ein weiterer Grund ist, dass die Bundesregierung die Vergleichsgruppe verkleinert hat. Zudem fehlt eine Flexibilitätszulage, die Betroffenen Umschichtungen in ihrem Budget ermöglicht. Würden diese Punkte berücksichtigt, läge das Existenzminimum um etwa 60 Euro im Monat höher.



Der im November gewählte Kreisvorstand stellt sich vor

von Rebekka Kämpfe

Die Arbeit, die wir hier im Kreisverband und in den Ortsverbänden leisten, ist ehrenamtlich. Und das ist auch gut so – denn vermutlich kann Arbeit kaum freiwilliger sein. Wir alle haben uns aus den verschiedensten Gründen dazu entschieden, neben unserer Erwerbsarbeit, neben unserer Familienarbeit, neben unserer Ausbildung oder im Ruhestand Arbeit zu leisten, die nicht aus einem existenziellen Zwang erwächst, sondern aus unserem Idealismus.

Wir alle sind Mitglied der Partei DIE LINKE., weil wir etwas verändern wollen. Und zwar zum Guten. Unsere Partei durchlebt leider gerade keine einfachen Zeiten. Uns als Kreisverband geht es jetzt darum zu schauen, wo unsere Stärken, auch die jeder Einzelnen, liegen und wo wir unsere Kräfte bündeln können: Um sichtbarer zu werden, um uns besser zu vernetzen, mehr Mitglieder zu gewinnen und – was das Wichtigste ist – die Kraft zu haben, um hier im Kreis Unna diejenigen zu vertreten, deren Interessen und Bedürfnisse nicht gehört werden.

Wir sind das Sprachrohr der Menschen, die sich in unterbezahlten Jobs, unter miesen Arbeitsbedingungen oder bei der Pflege der eigenen Familie oder Angehörigen den Rücken krumm arbeiten und keine Zeit und zu wenig Einfluss haben, um die Zustände, die ihnen das

Leben erschweren und noch dazu verdammt ungerecht sind, lauthals zu kritisieren oder etwas daran zu ändern.

Wir stehen Seite an Seite mit denen, die unterdrückt werden oder einer massiven Chancenungleichheit ausgesetzt sind, aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihres Alters oder ihrer Sexualität. Wir wollen, dass diejenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten, mehr Anerkennung bekommen und dass die, die vom System profitieren, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, die damit einhergeht, nachkommen.

Die Arbeiter:innenklasse unterstützen wir als Linke nach wie vor. Wichtig ist es aber auch, sich dabei im Klaren darüber zu sein, dass nicht nur bezahlte Arbeit als „Arbeit“ zu definieren ist. Ohne familiäre und ehrenamtliche Fürsorge-Arbeit würde unsere Gesellschaft zusammenbrechen. Das muss hervorgehoben und mehr anerkannt werden!

Ebenso gilt, die Grundlage unserer Existenz zu sichern: Ohne die Erde und die Ressourcen, die sie uns bietet, können wir Menschen nicht bestehen. Die Umwelt und das Klima zu schützen ist zwingend notwendig und muss bei jeglichen politischen Forderungen mitbedacht werden.

Wie sich auch nach diesen paar Worten herauslesen lässt: Die Anforderungen an uns selbst, sind massiv. Wir, als Partei, befinden uns ebenso im Wandel wie

die Gesellschaft, in der wir agieren. Wir sind aber zuversichtlich, diesen Anforderungen gerecht werden zu können. Dabei legen wir als neues Sprecher:innen-Team unseren Fokus auf den Ausbau der Stärken unseres Kreisverbandes, bessere Vernetzung mit Organisationen / zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und mehr Präsenz vor Ort – um bei den Menschen anzukommen, deren Interessen wir politisch vertreten.

DIE LINKE.
Kreisverband Unna

Mitglieder des Kreisvorstandes

Sprecher des Kreisvorstandes ist Friedhelm Schaumann (Kamen), Sprecherin Rebekka Kämpfe aus Werne. Kreisschatzmeister ist Karl-Heinz Schimpf aus Schwerte.

Beisitzer sind Katja Wohlgemuth (Bergkamen), Petra Weber (Unna), Peter Weyers (Schwerte) und Said Basel Ghafouri (Lünen).



Der neue Kreisvorstand der LINKEN im Kreis Unna: (von links: Karl-Heinz Schimpf, Peter Weyers, Katja Wohlgemuth, Rebekka Kämpfe, Petra Weber und Friedhelm Schaumann)

Bodenspekulation auf dem Rücken der Bevölkerung

Das Thema „Einkaufen“ ist ein immer wiederkehrendes Problem in Bergkamen. Sei es die Auseinandersetzung um die Ansiedlung eines Netto-Marktes im Stadtteil Weddinghofen oder, wie in diesem Fall, ein Einkaufszentrum im Norden desselben Stadtteils. Die ganze Situation zeigt: Investoren haben zu viel Macht!

Wir waren erstaunt als uns der Anruf des Vermieters von einem Bergkamener Einkaufszentrum erreichte und dieser mit uns, genauso wie mit allen anderen Fraktionen im Bergkamener Rat sprechen wollte. Gerne nahmen wir allerdings das Gespräch mit dem Vermieter auf, wollten auch wir wissen, was mit dem Rathauscenter, dem Einkaufszentrum in Bergkamen-Mitte passieren sollte, nachdem Kaufland dort ausgezogen war.



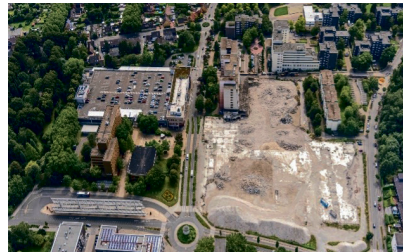
Über Jahrzehnte hinweg wurden die Menschen in Bergkamen durch das Rathaus-Center versorgt. Jetzt wird es immer leerer.

Ein kleiner Rückblick auf das was war: Zunächst verlängerte Kaufland den Mietvertrag für das Objekt, dann kam der Schlag: Kaufland weigerte sich während der Corona-Pandemie die vom Betriebsrat geforderten Schutzmaßnahmen anzuwenden – ein Skandal! Der Betriebsrat reagierte sofort und weigerte sich, die Arbeitspläne zu unterzeichnen. Dies nutzte die Betriebsleitung, um Arbeiter:innen und Betriebsrat gegeneinander auszuspielen, um im Endeffekt dann den Standort zu schließen: kurz nachdem im Stadtgebiet ein größerer, erfolgreicher Standort nach langem Umbau neu eröffnet wurde. Das Aus des Kaufland sorgte für einen Schock: Laufkundschaft blieb aus, andere Ladeninhaber:innen kündigten, insbesondere die kleinen einzelnen inhabergeführten Läden, die keine große Kette im Hintergrund haben, litten stark. Gleichzeitig fehlt die Versorgung im ganzen Quartier, denn einerseits war Kaufland nun weg, andererseits hofften alle auf einen Edeka, der auf der gegenüberliegenden Fläche, die derzeit nur eine Steinwüste ist, gebaut werden soll.

Doch der Investor baut nicht. Zwar wurde die Bauvoranfrage bei der Stadt eingereicht und positiv beschieden, doch der Bauantrag fehlt. Die Steinwüste liegt da, während die Einwohner:innen des gesamten Quartiers warten müssen und keine Nahversorgung haben. Gerade in diesem Quartier, in dem ältere und auch wirtschaftlich schwache Menschen leben, eine schreckliche Situation. Die Busverbindung ist gut, aber eben teuer. So gibt es nun Menschen, die weite Wege

auf sich nehmen müssen, die wegen der Buskosten weniger einkaufen können und das alles nur, weil der Investor nicht bauen will.

Deshalb schrieben wir eine Anfrage an den Investor. Wir bekamen eine unfreundliche Antwort, in der der Investor über die Bergkamener Politik hetzte, die nämlich zuvor die allererste Idee, eines völlig überbeuerten, viel zu großen Einkaufszentrums mit Läden, die sich der „normale“ Bergkamener nicht leisten kann, verhinderte. Es las sich so, als wolle der Investor die Stadt bestrafen: Ich wollte etwas anderes, nun bekommt ihr halt gar nichts. Außerdem machte uns eine weitere Bemerkung des Investors stutzig: er wartete darauf, das Projekt zu verkaufen. Sofort kam uns dann die Idee: dieser Mann betreibt Bodenspekulation auf dem Rücken der Menschen in Bergkamen.



Steinwüste gegenüber dem ehemaligen Kaufland: hier soll das BergKarree entstehen

Was ist Bodenspekulation?

Bodenspekulation bezeichnet das Verhalten von Menschen, die sich Grund und Boden nur kaufen, um diese in Zeiten einer guten Konjunktur (Wirtschaftswachstum) deutlich teurer wieder zu verkaufen. Spekulant:innen haben kein Interesse an einer wirklichen Umsetzung des Projekts, sondern kaufen es nur zur Vermehrung ihres Profits.

Die Menschen in dem Quartier um die Steinwüste herum sind angewiesen auf eine Einkaufsmöglichkeit. Der Investor will gar nicht bauen, obwohl er könnte und dürfte, nur weil er darauf spekuliert, das Projekt gewinnbringend zu verkaufen. Wir wandten uns an die lokale Presse, die seit Wochen auf eine Stellungnahme des Investors wartete. Schließlich ist selbst in den höchsten Kreisen der Presse angekommen, dass Menschen diese Einkaufsmöglichkeit dringend brauchen. Komisch allerdings, dass der Investor in der Auseinandersetzung mit der Presse ganz andere Dinge behauptete und darauf verwies, dass er definitiv bauen werde.

Die Stadtverwaltung reagiert – und sichert dem Investor ihre vollste Solidarität zu. Es kann nicht sein, dass ein einzelner Investor so viel Macht hat und dass die Menschen in einem ganzen Wohn-

quartier, gerade in einem wirtschaftlich schwachem Quartier von der Gunst eines Investors aus Düsseldorf abhängig sind. Dies ist für uns als LINKE eine Farce.

Gleichzeitig versprach der Investor bezahlbaren Wohnraum. Die ist in Bergkamen dringend notwendig. Schließlich gehört Bergkamen zu den 10 ärmsten Städten in NRW und ist von größter Jugendarmut geprägt. Wir freuten uns zunächst, dass eben nicht ein reines Einkaufszentrum gebaut wird, sondern Einkaufen und Wohnen in einem modernen Center miteinander verzahnt werden sollten. Doch auch hier: Nichts als leere Worte des Investors. Ein Blick auf die lokalen Immobilienportale im Internet zeigte: die Wohnungen sind zwar barrierefrei, aber mit dem Bergkamener Durchschnittseinkommen kaum bezahlbar. Für uns absolut unverständlich, dass hier ein Investor wieder einmal auf dem Rücken der Bevölkerung sein Kapital mehren und sich an der prekären Situation der Stadt bereichern wollte.

Für uns ist klar: Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum in Bergkamen. Die Menschen in dem Gebiet um das Rathaus herum brauchen dringend Einkaufsmöglichkeiten. Aber die Stadt Bergkamen sollte sich nicht von Investoren ihre Politik diktieren lassen. Es kann nicht sein, dass eine Stadtverwaltung springt aus Angst, dass sie für Fehlverhalten bestraft und der Investor etwas brach liegen lässt, worunter die Bevölkerung leidet.

Wir finden: Wenn der Investor das nicht kann, dann muss die Stadt halt selbst bauen. Wenn jemand ein Projekt plant und dieses für 100 Mio. Euro verkaufen möchte, ist dies ein Hintergehen der politischen Entscheidungsträger:innen. Da die Stadt keine 100 Mio. Euro hat, bleibt nur eines: Die Stadt muss das Gelände des BergKarees, also die Steinwüste, in öffentliches Eigentum überführen.

Nur dann kann dort so gebaut werden, wie es für die Stadt gut ist. Wir fordern also die Anwendung von Artikel 15 des Grundgesetzes, denn das Wohl der Allgemeinheit hängt vom Gelingen des Projektes ab!

Till Peters



So soll das BergKaree irgendwann mal aussehen. Doch der Investor baut nicht, sondern spekuliert lieber.

Ehrenamtliche Kommunalpolitik darf nicht profitabel sein

von Oliver Schröder

Die Rechnungsprüfung regt an, dass bei Selbstständigen der Verdienstausschluss durch einen qualifizierten Nachweis geltend gemacht werden sollte. Ein Nebensatz auf Seite 50 des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses des Kreises Unna, der im Dezember für ordentlich Zündstoff in der Kommunalpolitik gesorgt hat.

Das kommunalpolitische Engagement ist nicht nur ein unbestritten sehr zeitaufwendiges Ehrenamt, sondern auch eines mit einer ebenfalls unbestritten hohen Verantwortung. Wirkt man mit den Entscheidungen und politischen Forderungen direkt auf die Gestaltung der Gemeinde und Kommune, aber auch des Landkreises und damit auch direkt auf die Bedarfe und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ein. Entsprechend kritisch findet auch das Tun und Handeln in der öffentlichen Wahrnehmung statt.

Die kritische Begutachtung wird aus unserer Sicht auch aus den bereits genannten Gründen ausdrücklich begrüßt, ist die Gemeinde, Kommune oder der Landkreis keine bloße Verwaltungsebene, sondern der Ort, an dem Menschen leben und arbeiten. In den Städten und Gemeinden stehen wie nirgends sonst politische Entscheidungen und deren Auswirkungen so dicht und direkt bei- einander.

Für dieses ehrenamtliche Engagement erhalten die Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunalparlamenten eine in der Entschädigungsverordnung des Landes NRW geregelte Aufwandsentschädigung, was auch gut und richtig ist. Auch wenn diese – wie in der Lokalpresse am 01.12.2021 zu lesen war – als meist unverhältnismäßig gering, gemessen an dem Zeitaufwand gesehen wird und sowohl die Freistellungspflicht als auch der Ersatz für Verdienstausschluss gem. der Gemeindeordnung für das Land NRW die Ausübung der ehrenamtlichen Mandatsarbeit erleichtern soll – was wir ebenfalls als gut und richtig ansehen – darf dieses dennoch nicht dazu führen, dass durch die kommunale Mandatsausübung ein weiteres Einkommen generiert wird.

Genau dieser Aspekt wurde jedoch durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Unna zum Jahresabschluss 2020 durch den eingangs zitierten Nebensatz festgestellt.

Gerade mit Blick auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen, deren Folgen für die Haushalte der Gemeinde und Kommunen sowie den Landkreis für die kommenden Jahre noch nicht bezifferbar sind, sind wir Kommunalpolitikerinnen und –politiker gefordert und in der Pflicht.

Im Kreis Unna gibt es auch weiterhin Gemeinden und Kommunen mit schwie-

Erste LINKE Beteiligung am Bergkamener Haushalt

Erstmalig in der Geschichte der Stadt Bergkamen durften auch wir LINKE den künftigen Doppelhaushalt mitberaten und aktiv mitgestalten.

Diesem Privileg und dieser Verantwortung sind wir uns – wie ich das auch in meiner Haushaltsrede bereits gesagt habe – sowohl für die Bürgerinnen und Bürger, als auch für die Stadt selber sehr wohl bewusst. Aus diesem Grund hat die Vorbereitung auf die Haushaltsberatung für uns nicht erst mit der Einbringung des Haushaltes und der Haushaltsklausur Ende Oktober begonnen, sondern bereits nach der Sommerpause.

Wir haben uns nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl – die ich hier nicht weiter thematisieren möchte – nicht zurückgezogen, sondern sind proaktiv wieder in die Stadtteile gegangen,

rigen Haushaltslagen und -situationen, vereinzelt befinden sich diese sogar in der Haushaltssicherung. Entsprechend schwierig gestalten sich die politische Arbeit und die Gestaltungsmöglichkeiten aufgrund des dadurch eingeschränkten finanziellen Spielraums.

Entsprechend sorgsam sollte sowohl mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln umgegangen werden als auch möglichst versucht werden die kommunalen Finanzmittel zu schonen, sprich entweder bei anstehenden Ausgaben Fördergelder von Bund oder Land zu akquirieren oder diese möglichst zu vermeiden.

Dies bedeutet dann auch in letzter Konsequenz, soweit dies im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt möglich ist, die Fraktionssitzungen – so lautete in der Lokalpresse ein weiterer am 02.12.2021 formulierter Vorwurf – in den Spätnachmittags- oder Abendbereich zu legen. Dieser Verantwortung sind sich unsere Mandatsträgerinnen und -träger und Fraktionen, auch mit Blick auf die bereits erwähnten Haushaltslagen durchaus bewusst. Zudem wurde im vergangenen Jahr mit den Mandatsträgerinnen und -trägern eine Vereinbarung erwirkt – DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt – dass diese einen festen Prozentsatz Ihrer Aufwandsentschädigung zur Finanzierung der politischen Arbeit vor Ort an den Kreisverband abführen. Glücklicherweise sehen sich hier auch die Sachkundigen Bürger in der Verantwortung und leisten hier ebenfalls ihren Beitrag.

Da Bürgerinnen und Bürger gerade in Zeiten steigender Inflation (November 2021: + 5,2%) sowie steigenden Spritpreisen und Energiekosten gleich mehrfach tiefer in die Tasche greifen müssen, sollten wir Kommunalpolitikerinnen und -politiker mit gutem Vorbild voran gehen!

haben Postkarten verteilt und Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürger geführt, weil wir deren Ideen und Wünsche in den kommenden Doppelhaushalt miteinfließen lassen wollten. Gemündet ist diese Beteiligung in einer Bürger:innensprechstunde zu Beginn unserer Haushaltsklausur.



Zu dieser Haushaltsklausur haben wir den Bürgermeister Bernd Schäfer, den Beigeordneten Christine Busch und Marc Alexander Ulrich sowie den Leiter der Zentralen Dienste, Thomas Hartl die Spitze der Stadtverwaltung eingeladen. So erhielten wir weiteres Hintergrundwissen zum Entwurf des Doppelhaushaltes und konnten auch die Realisierbarkeit unserer Antragsideen einschätzen. Schlussendlich haben wir folgende elf Anträge für die Haushaltsberatung entwickelt:

- ÖPNV Stadtteilverbindung Bergkamen
- Kostenlose ÖPNV-Tickets für Schüler:innen
- Bushaltestellen ökologisieren
- Streichung Finanzmittel Beleuchtung L821n
- Vertikale Kleinwindanlage auf IGA-Gelände
- Sozialer Kümmerer vor Ort
- Neue Räumlichkeiten für Jugendliche
- Unterstützung der örtlichen Suchthilfe
- Förderung der kulturellen Antifa-Arbeit
- Schaffung kommunaler Reinigungsstellen
- Rückbau Schottergärten ermöglichen

Mit diesen Antragsentwürfen sind wir dann in die Gespräche mit den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und BergAUF gegangen, um abzuklopfen, welche Anträge mitgetragen werden können und dadurch eine Chance auf eine Mehrheit im Rat bekommen könnten. Aus diesen Gesprächen sind wir mit einem recht guten Gefühl gegangen, ist doch in diesen Gesprächen u.a. auch die Zusammenführung zu einem gemeinsamen Antrag mit der SPD-Fraktion entstanden. Die Haushaltsanträge, mit denen wir final in unsere erste Haushaltsberatung am 25. November gegangen sind, können hier nachgelesen werden:

<https://www.dielinke-kamen.de/ratsfraktion-bergkamen/antraege/>

Bei den eingereichten Haushaltsanträgen haben wir uns, mit Blick auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen,

sei es die Bewältigung der allgegenwärtigen Klimakrise oder der sich weiter dynamisch entwickelnden Coronakrise die Frage gestellt, wie die Stadt Bergkamen sozialer werden kann und dies – da die Folgen bisher noch nicht bezifferbar sind – ohne Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Entsprechende Antworten liefern aus unserer Sicht die von uns eingereichten Anträge. Unter diesem Aspekt haben wir auch darüber beraten, welchen Anträgen wir unsere Zustimmung geben konnten.

Eine große Herausforderung war sicherlich nicht nur für unsere erste Haushaltsrede, sondern für alle Fraktionsvorsitzenden die eigenen Anträge zu begründen, die eingereichten Anträge der anderen Fraktionen zu bewerten und zu kommentieren, sowie Stellungnahmen zum Produkthaushalt und Stellenplan abzugeben, denn die Redezeit für die Haushaltsreden war im Vorfeld auf 15 Minuten verabredet.



Die Haushaltsrede finden Sie auf unserer Homepage zum Nachlesen.

Auf die positive Stimmung, mit der wir in die Haushaltsberatung gegangen sind, folgte aber recht schnell Ernüchterung. Neben dem gemeinsamen Antrag mit der SPD-Fraktion hat lediglich unser Antrag „Bushaltestellen ökologisieren“ eine Mehrheit erhalten, was ein insgesamt sehr enttäuschtes Ergebnis für uns ist. Dennoch sind wir der Meinung, dass wir im Sinne der Bürgerinnen und Bürger – gerade für die mit niedrigen bis mittleren Einkommen – die richtigen Anträge eingebracht und gestellt haben. Aus diesem Grund werden wir diese – das kann an dieser Stelle schon verraten werden – in den nächsten zwei Jahren wieder einbringen.

Enttäuschend war für uns, nachdem in der Haushaltsrede der SPD noch von der „Rückkehr zu den sozialdemokratischen Wurzeln“ gesprochen wurde, dass weder einem sozialpolitischen Antrag (u.a. der Unterstützung der örtlichen Suchthilfe), noch der Rückführung der Reinigung von städtischen Gebäuden in die kommunale Verantwortung (nachdem diese seit den 1970er Jahren schrittweise privatisiert wurde), geschweige denn unserem Antrag zur Förderung der kulturellen antifaschistischen Arbeit zugestimmt werden konnte.

Gerade in Zeiten, in denen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus Probleme unserer Zeit sind, Faschisten nicht

nur im Bundestag und Landesparlamenten, sondern auch im Kreis Unna in den Städte- und Gemeinderäten sitzen, sind wir alle gefordert, dem Faschismus und Rassismus in all seinen Formen entgegenzutreten. Laut Homepage der Bundespartei steht dies in der antifaschistischen Tradition der SPD, so als Wink bzgl. der „Rückkehr zu den sozialdemokratischen Wurzeln“. Antifaschistische Arbeit vor Ort mit 7.500 € zu fördern und im Kulturreferat unterzubringen, hat dagegen nur zu einer Enthaltung bei unserem Antrag gereicht.

Auch überrascht die Haltung der Sozialdemokraten zum kostenlosen ÖPNV für (ticketberechtigte) Schülerinnen und Schüler, weil vor knapp zwei Jahren von der SPD-Fraktion im Landtag NRW (Drucksache 17/6591) ein landesweites und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche beantragt wurde. Hierzu sei erwähnt, dass der Antrag der Landtagsfraktion – in der auch ein Bergkamener bis Mitte 2021 gesessen hat – deutlich weitreichender war als der von uns eingebrachte Antrag.

Keine Bewältigung der Klimakrise ohne Verkehrswende und so hätten durch unseren Antrag – für den 95.000 € jährlich zur Verfügung gestellt werden sollen – insbesondere Schülerinnen und Schüler aus ökonomisch schwachen Familien durch die Übernahme des Eigenanteils profitiert, da diesen so eine Teilhabe am öffentlichen Personennahverkehr hätte ermöglicht werden können.

Ähnlich wie in der künftigen „Ampel-Koalition“ werden gerade oder insbesondere sozial- und gesellschaftspolitische Positionen somit auch von den Bergkamener Sozialdemokraten fallen gelassen. Sieht so die künftige Sozialdemokratie aus?

Festzuhalten bleibt: Nicht nur im Bundestag, auch im Rat der Stadt Bergkamen braucht es eine starke LINKE. und so werden wir uns auch weiterhin kämpferisch und unnachgiebig für die Bedarfe und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Dies sei Ihnen und Euch hiermit versprochen.

Oliver Schröder



Die Sprecher:innen Ramona Bornemann und Timo Putzer stellen den Flyer des Ortsverbandes vor, der seit Dezember sowohl in Kamen, als auch in Bergkamen verteilt wird.

Die Fraktion DIE LINKE-UWG im Kreistag Unna fordert:

Kostenloses Westfalen-Ticket für alle Schüler:innen

Für die Schülerinnen und Schüler des Kreises Unna wird bisher ein „Flash-Ticket“ angeboten, das auch in der Freizeit Fahrten im Öffentlichen Personen-Nahverkehr erlaubt. Allerdings musste entweder das Tarifgebiet Münsterland (mit Münster und Hamm) oder Südwestfalen (mit Hagen und Dortmund) gewählt werden. Die Selbstbeteiligung lag bei 11,50 EUR.

Nun wird dem Kreis das SchülerTicket Westfalen angeboten, das beide Tarifgebiete enthält. Die Selbstbeteiligung erhöht sich auf 12 EUR. Für das Ticket gibt es die Option, das Fakultativmodell mit Selbstbeteiligung von 12 EUR für anspruchsberechtigte Schüler:innen und 33 EUR für nicht-anspruchsberechtigte Schüler:innen abzuschließen. Es ist aber auch möglich, durch einen entsprechenden Zuschuss des Kreises das Solidarmodell zu wählen, dass für alle Schüler:innen gilt und kostenfreien ÖPNV ermöglicht.

Kostenfreier ÖPNV für alle Bürger ist das Ziel der Fraktion DIE LINKE-UWG

Wir als Fraktion DIE LINKE-UWG treten für kostenfreien ÖPNV für alle Bürger:innen ein. Das SchülerTicket Westfalen wäre ein Einstieg zu dieser verkehrs- und klimapolitischen Regelung. Beschlossen wurde aber nur das Fakultativmodell (von dem die Primarschüler:innen ausgenommen sind). Als Reaktion auf unsere Forderung wurde mit dem Beschluss der Landrat aufgefordert, bis zum Ende des Schuljahres 2021/22 die Modalitäten des

Solidarmodells zu klären und dem Schulausschuss vorzulegen. **Aus unserer Sicht eine vergebene Chance, ein klimapolitisches Zeichen zu setzen. Unserer Meinung nach reicht es nicht aus, Klimapolitik in die Parteiprogramme zu schreiben und immer dann, wenn es darauf ankommt, vor den Kostenbelastungen zurückzuschrecken.**

Einstieg in die Verkehrswende erreichen

DIE LINKE-UWG hat in der Kreistagsitzung am 14.12. den Antrag gestellt, die Selbstbeteiligung der anspruchsberechtigten Schüler:innen am Westfalenticket zum Schulhalbjahr (1. Februar 2022) aufzuheben und durch den Kreis Unna zu übernehmen.

Das Ziel dieses Antrages war, mit einem kostenfreien Schülerticket einen Einstieg in die Verkehrswende zu erreichen. Grundsätzlich sollte aus unserer Sicht das generelle Ziel verfolgt werden, einen „kostenfreien ÖPNV“ für möglichst viele Nutzergruppen zu gewährleisten. Der Antrag sollte erreichen, dass der Kreis Unna als Schulträger dieses Solidarmodell forciert. Damit wird auch die Diskussion über das Thema in unseren 10 Kommunen angeregt und hoffentlich weitere Nachahmer generieren.

Die Fraktion der LINKEN-UWG nimmt die Frage des Klimaschutzes ernst. Es reicht nicht, sich über CO²-Einsparung in Sonntagsreden auszulassen. Gerade der Verkehrsbereich ist mitentscheidend, wenn es um die Klimawende geht. Hier

könnte man vor Ort etwas tun.

Die Parteien, die in Bund und Land an-

ausschuss zurückverwiesen. So besteht noch die Chance, für den nächsten Kreis-



geblich so sehr für eine neue, fortschrittliche Klimapolitik eintreten, haben nicht für diesen Antrag gestimmt.

Bei dem Antrag ging es nur um ca. 190.000 Euro für das Haushaltsjahr. Allerdings wurde der Antrag auch nicht vollständig abgelehnt, sondern in den Schul-

haushalt 2023 einen Einstieg in den kostenfreien ÖPNV zu erreichen.

Karl-Heinz Schimpf

Warum nicht einfach tausende Fleischgerichte im Monat einsparen?

Die Fraktion LINKE.Plus für klimagerechte Ernährung in den Kitas und Schulen

Wir vom Ortsverband Unna haben uns im Jahr 2021 besonders mit Tierschutz und klimagerechter Ernährung beschäftigt. Die Menschheit muss an vielen Stellen schrauben drehen um den Klimawandel aufzuhalten. In unserer Ernährung steckt großes Potenzial negative Umwelteinflüsse zu verringern. Denn die Art und Weise, wie wir uns ernähren, hat nicht nur

Einfluss auf unsere Gesundheit, sondern auch auf das Klima und die globale und lokale Wirtschaft.

Das wurde uns absolut klar, als wir ein Infogespräch mit der Organisation „Vegans for Future“ führten. Diese engagierten Menschen haben wir auf Protestkundgebungen in Unna kennengelernt. Im Kreis Unna gab es 2021 zwei Tierschutzskandale, die bundesweit negative Aufmerksamkeit erregt haben. Die Organisation SOKO Tierschutz hat aufgedeckt, dass in Selm rechtswidrig geschächtet wurde und auch in Werne Tiere gequält wurden.

Wussten Sie, dass solche Betriebe in Deutschland durchschnittlich nur alle 17 Jahre kontrolliert werden? Auf Kreisebe-

ne hat die Linke gefordert, dass es mehr Kontrollen in den Schlachthöfen und Massentierzuchtbetrieben geben muss. Das wird jetzt auch umgesetzt. Der Kreis hat die Stellen im zuständigen Veterinäramt aufgestockt. Dass in Zukunft wirksame Kontrollen zur Einhaltung des Tierschutzes erfolgen, werden wir im Auge behalten.

Aber reicht das?

Durch den Kontakt zu „Vegans for Future“ und der Lektüre zum Beispiel von Jonathan S. Foers „Wir sind das Klima! Wie wir unseren Planeten beim Frühstück retten können“, konnten wir die unbequeme Wahrheit nicht mehr beiseiteschieben: der Konsum tierischer Lebensmittel wie Fleisch, Eier, Milch und Milchprodukte verursacht besonders hohe Treibhausgasemissionen, sowie Wasser- und Landverbrauch.

Im Vergleich verursacht z.B. ein Kilo-

ogramm Rindfleisch im Durchschnitt rund zwölf Kilogramm CO²-Äquivalente – die gleiche Menge Linsen dagegen unter ein Kilogramm.

DIE LINKE.

Ortsverband
Unna-Fröndenberg-Holzwickede

Durch eine klimagerechte Ernährung wird nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Umwelt geschützt, denn Ernährung ist weltweit mit 25 bis 30 Prozent an den Klimagasemissionen beteiligt.

Aktuelle Studien kommen zu dem Schluss, dass die Emissionen aus der Landwirtschaft allein ausreichen, um das 1,5 Grad Ziel zu verfehlen, selbst wenn wir ab sofort emissionsfreie Energie hätten. Doch allein die Schaffung der Infrastrukturen für emissionsfreie Energie benötigt mindestens 20 Jahre.

Die Ernährungswende ist also eine direkte und effektive und am besten umsetzbare Klima- und Umweltschutzmaßnahme. Für jeden Menschen sind Veränderungen von eingetübtem Verhalten schwierig umzusetzen. Aber was ist mit denjenigen, die noch keine Ernährungsgewohnheiten entwickelt haben?



DGE-Qualitätsstandard
für die Verpflegung in Schulen

UNNA: klimagerechte Ernährung

Ein Antrag wird geboren

Wir recherchierten, ob es Empfehlungen zu Kita- und Schulessen gibt und siehe da: wir wurden fündig. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. empfiehlt in Kitas maximal einmal in der Woche Fleisch auf den Speiseplan zu setzen. Auch für das Schulessen existieren Empfehlungen der Verbraucherschutzzentrale NRW.

Die Realität in den Kitas in Unna sieht leider anders aus: teilweise findet sich bis zu vier Mal in der Woche Fleisch auf dem Speiseplan. Immer mehr Kinder und Jugendliche essen mittags in Kita und Schule. Hier liegt also ein enormes Potenzial für den Klima- und Ressourcenschutz, wenn bevorzugt regionale, saisonale, frische, pflanzliche, ressourcenschonend produzierte und unverarbeitete Lebensmittel auf den Speiseplan gesetzt werden.

Klimagerechte Ernährung in den Kitas und Schulen

2019 hat Unna den Klimanotstand ausgerufen. Doch das Thema Konsum und Ernährung ist im bisherigen Klimaschutzkonzept der Stadt noch ein blinder Fleck. Wir müssen dringend wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise treffen. Also hat die Fraktion die LINKE. Plus den Antrag: Klimagerechte Ernährung in den Kitas und Schulen unserer Stadt in den Stadtrat eingebracht. Die Ernährung in den Kitas und Schulen sollen nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und der Verbraucherschutzzentrale NRW umgestaltet werden.

So wird klima- und somit zukunfts-gerechte Ernährung unmittelbar umgesetzt. Außerdem lassen sich nachhaltige positive Effekte für die regionale und biologische Landwirtschaft und das regionale Lebensmittelhandwerk erzielen.

André Köpp (Sprecher
OV Unna/Fröndenberg/Holzwickede)

**DIE LINKE.****„Das sind doch nur ein paar aufgebrachte Bauern“**

Ein Jahresrückblick zum Kampf gegen das Industriegebiet Nordlippestraße

Am Dienstag, den 9. März 2021 herrschte Chaos in der Werner Innenstadt: Dutzende Traktoren umkreisten das Kolpinghaus, in dem der Ausschuss für Stadtentwicklung über ein neues Industriegebiet im Norden Wernes beraten sollte.

Am Eingang demonstrierten ca. 150 Menschen, darunter Anwohner:innen, Klimaaktivist:innen und Mitglieder des Werner-Bündnis-gegen-Rechts.

Die Polizei war sichtlich überfordert und erkundigte sich energisch nach einem Versammlungsleiter, wurde aber zunächst nicht fündig.

Im Vorfeld sorgten eine E-Mail aus dem Umfeld der Klimagruppe „Natürlich Werne!“ und die sehr spärliche Informationspolitik der Stadt für Empörung und zogen Demonstrierende an.

Der Protest blieb erfolglos.

„Das sind doch nur ein paar aufgebrachte Bauern“, tat ein Mitglied des Stadtrats beim Betreten des Kolpinghauses die Demonstrierenden ab.

Kurz darauf urteilte der Ausschuss ähnlich. Mit einer überwältigenden Mehrheit stimmte der Ausschuss zu Gunsten des Bebauungsplanes. Lediglich die Grünen stimmten dagegen und die Linke enthielt sich.

Doch sollte der Protest nicht folgenlos bleiben. In den nächsten Wochen überschlagen sich die Ereignisse:“

„Am 19.03. Bilden ca. 500 Personen eine Menschenkette und demonstrieren für den Erhalt des betroffenen Landschaftsschutzgebiets.“

Bürgerbegehren gegen das Industriegebiet

Am 27.03. gründet sich die Bürgerinitiative Industriegebiet Nordlippestraße (BIN) und berät über Möglichkeiten zur Verhinderung des Industriegebietes.

Kurz darauf wurde ein Bürgerbegehren geplant. Der Stein, der im März ins Rollen gebracht wurde, sollte den politischen Diskurs in Werne das ganze Jahr lang prägen.

Erstes Etappenziel im zweistufigen Verfahren war das Bürgerbegehren. Hierzu mussten die Gegner:innen des Industriegebietes bis zum 30. Juli ca. 2000 Unterschriften sammeln, um den Bürgerentscheid über das Gebiet zu ermöglichen.

Für den Entscheid wurden dann sogar 4964 Stimmen benötigt: Ein Kampf David gegen Goliath wie es schien.

Die Mitglieder der BIN ließen sich nicht entmutigen und stellten sich der Aufgabe.

Mit Infoständen, Haustürgesprächen und Flyern mach-

te sich die BIN an die Arbeit. Dabei wurde sie von den Grünen und dem Ortsverband der Linken tatkräftig unterstützt.

Am 30. Juli warteten dann ca. 100 Menschen gespannt vor dem Rathaus und begleiteten die BIN bei der feierlichen Übergabe der Unterschriften.

Als dann das offizielle Ergebnis verkündet wurde, war die Verwunderung groß. Von den 2000 benötigten Unterschriften war das Ergebnis nämlich weit entfernt. Stattdessen kamen mit ca. 5800 fast 3-mal so viele Unterschriften zusammen wie erforderlich.

Für die BIN und alle, die sie unterstützten, war das natürlich eine riesige Bestätigung.

Das Ergebnis zeigte klar, dass das Thema wesentlich mehr Leute, als

nur die direkten Anwohner:innen interessierte und dass ein Sieg beim Bürgerentscheid durchaus möglich war.

Auch für die Stadt war nun klar, dass Handlungsbedarf bestand. Am 29.09. beriet dann der Stadtrat darüber, ob dem Begehren nun stattgegeben wird oder ob es zu einem kostspieligen Bürgerentscheid kommen sollte.

Die Ratssitzung wurde erneut von Protesten begleitet, auf denen gefordert wurde, dass die Stadt einlenken möge.

Allerdings blieb das Votum unverändert. Im Dezember würde es zur Kraftprobe an der Wahlurne kommen.

Dabei musste allen Beteiligten bereits im Sommer klar sein, dass die Zahl gesammelten Unterschriften, die der benötigten Stimmen beim Bürgerentscheid weit übertraf.

**Bürgerentscheid am 12. Dezember**

Bedenken seitens der Fraktionen und Parteien der PRO-Seite hörte man diesbezüglich allerdings nicht. Stattdessen wurde Ende des Jahres regelrecht Wahlkampf gemacht. Beide Seiten hingen Plakate auf, die BIN war mit Infoständen am Marktplatz präsent und es wurden Flugblätter verteilt.

Am 12.12. war es dann so weit: in Wahllokalen (oder vorab per Briefwahl) konnten die Bürger:innen Wernes ihre Stimme abgeben.

Das Industriegebiet wird von der Bevölkerung abgelehnt

Mit 6112 Stimmen gegen das Industriegebiet konnte die BIN einen deutlichen Sieg verbuchen und somit unter anderem 60 Hektar Flächenversiegelung verhindern.

Die Freude war entsprechend groß und noch am selben Abend stießen die Aktivist:innen auf das gute Ergebnis an.

Für die Stadt hingegen verbleibt nun der bittere Nachgeschmack, dass die Kosten für den Bürgerentscheid und die Werbekampagne, die sich auf insgesamt ca. 114.000 € belaufen, fast völlig eingespart worden wären, hätte die Stadt bereits nach dem deutlichen Ergebnis des Bürgerbegehrens eingelenkt und diesem stattgegeben.

David Storksberger

Ausbau am Westhofener Kreuz

Linke positioniert sich gegen Flächenversiegelung

Die Rodung des 1,7 ha großen Waldes auf dem Gelände des Westhofener Kreuzes im Januar 2021 war nicht die erste Rodung von Wald zugunsten von klimaschädlichen Projekten weltweit und in unserer Heimat.

Die jüngere Vergangenheit war geprägt von Protesten gegen die Abholzung des Hambacher Forstes im Braunkohleabbaugebiet südlich von Erkelenz. Die Protestierenden waren der Meinung, dass eine Abholzung vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass aus Klimaschutzgründen sowieso keine Braunkohle mehr zur Energiegewinnung verwendet werden sollte, nicht stattfinden sollte. Hunderte von Aktivist:innen kämpften seit 2012 für den Erhalt von „Hambi“ und waren letztlich teilweise erfolgreich, weil die Bundesregierung, nach einer rechtswidrigen, vom damaligen MP Laschet angeordneten Räumung, bei der auch ein Journalist ums Leben kam, dem Erhalt des 1000-jährigen Waldes zustimmte.

Um das verbliebene Waldstück herum wird allerdings weiter gebaggert, dadurch droht Wasserknappheit weil für den Kohleabbau auch Grundwasser abgepumpt wird. Überall im Wald sterben Bäume, besonders an der Abbruchkante. Auch für Landwirt:innen ist das fehlende Grundwasser ein Problem.



Westhofener Kreuz

Was hat es eigentlich mit Heimatschutz zu tun, wenn Quellen von Flüssen, wie der Niers, die bei Erkelenz entsprang und es jetzt nicht mehr tut, einfach weggebaggert werden? Was sagt denn unsere Heimatschutzministerin, Ina Scharrenbach (CDU) dazu?

Auch der Dannenröder Forst, ein ca. 250 Jahre alter etwa 1000 ha großer, intakter Mischwald in Hessen musste weichen, wegen des vor 40 Jahren geplanten Ausbaus der Autobahn A49. Die Proteste gegen diese Rodung gingen durch alle Medien. Doch der grüne Umweltminister in Hessen wollte lieber den Autobahnvertrag erfüllen, als die Pariser Klimaschutzverträge.

17.000 m² Mischwald im Westhofener Kreuz wurden gerodet, weil er einem geplanten Brückenneubau im Weg war. Ne-



ben abgestorbenen Fichten gehörten auch viele gesunde Laubbäume dazu.

Leider war der Protest gegen den Bau von zwei Windrädern in Schwerte-Ergste zuvor deutlich stärker als gegen die Waldrodung innerhalb des Westhofener Kreuzes.

Auch der sinnvolle und letztlich erfolgreiche Protest gegen die Fällung von Stadtbäumen zugunsten der Neugestaltung des Schwerter Marktes war vernehmlicher, obwohl es sich um deutlich weniger Bäume als im Westhofener Kreuz handelte und der Wald im Westhofener Kreuz aus Artenschutzgesichtspunkten deutlich wichtiger war.

Die Pläne zur Erweiterung der A45 und des Westhofener Kreuzes stammen aus dem Jahr 2001. Damals haben Überlegungen zu einer Verkehrswende und zum Klimaschutz keine oder eine untergeordnete Rolle gespielt.

In Schwerte ist im Juli 2019 der Klimanotstand durch Beschluss der im Rat der Stadt vertretenen Parteien ausgerufen worden. Der Beschluss lässt erkennen, dass der Stadtrat erkannt hat, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des rasch voranschreitenden Klimawandels und der daraus resultierenden Risiken nicht ausreichen. Daher sollte jede geplante Baumaßnahme unter Klimavorbehalt gestellt werden, was bedeutet, dass alle Maßnahmen darauf überprüft werden müssen, welchen Einfluss sie auf das Klima haben. Das umfasst u. a. Treibhausgasemissionen und die Versiegelung von Bodenflächen.

Die Erweiterung des Westhofener Kreuzes wird unweigerlich zu mehr Treibhausgasemissionen und zur Versiegelung von Bodenflächen führen, alleine schon deswegen, weil die bisher 5-spurige Autobahn dann 6 Spuren haben wird. Damit wird diese Fläche dem Wasserhaushalt entzogen.

Andere zu befürchtende negative Auswirkungen, wie die steigende Lärmbelastung für die Anwohner:innen und Grundwasserschäden bei Havarien und Unfällen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Immerhin befindet sich das Westhofener Kreuz in einem Wasserschutzgebiet, was für die Trinkwasserversorgung für die Region von großer Bedeutung ist.

Deswegen positionieren wir uns gegen den Ausbau der A45 und des Westhofener Kreuzes.

Peter Weyers

Die Linke in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

Mit der Kommunalwahl am 13. September 2020 ist es der Partei DIE LINKE wieder gelungen in Fraktionsstärke in die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe einzuziehen. Die fünf Mitglieder entschieden sich für eine Fraktionsgemeinschaft mit der Einzelvertreterin von Die PARTEI zu schließen. „Sowohl inhaltlich als auch persönlich hat es einfach gut gepasst“, beschreibt die Fraktionssprecherin Selda Izci diesen Entschluss.

„Das vergangene Jahr war wieder durch die Pandemie geprägt. Das hat unsere Arbeit schon beeinflusst und an einigen Stellen auch erschwert“, resümiert der Fraktionssprecher Rolf Kohn. „Es ist uns dennoch gelungen viele unserer Ideen umzusetzen, sowohl in der Landschaftsversammlung als auch außerparlamentarisch.“

Fachtagung zum Jugendstärkegesetz

„Im Juni dieses Jahres ist das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz in Kraft getreten. Dieses Gesetz ist in der Jugendhilfe stark umstritten und bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Deshalb war es uns wichtig, dieses Thema bei Kommunalpolitiker:innen aller demokratischen Parteien aber auch bei Mitarbeiter:innen aus der Jugendhilfe weiter in den Fokus zu rücken und LINKE Ansätze und Kritik deutlich zu machen. Die Fachtagung, die wir im Oktober dazu organisiert haben, war ein voller Erfolg“, so Kohn.

Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“

„Besonders wichtig war uns die Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ die wir im vergangenen Jahr im Landeshaus gezeigt haben. Antirassismus ist eines der Kernthemen der LINKEN und wir beobachten das Erstarken der gesellschaftlichen Rechten mit großer Besorgnis“, äußert sich Selda Izci. „Umso wichtiger war es uns den 10. Jahrestag des bekannt werden des NSU und deren Verbrechen nicht klanglos verstreichen zu lassen.“

Neben den vielen Interessierten, die die Ausstellung besucht haben, konnten wir auch einige Schulklassen damit erreichen. Zur Eröffnung war die Ausstellungsiniciatorin mit einem ausführlichen Vortrag zum NSU anwesend. Auch den Künstler Kutlu Yurtseven von der Kölner Musikgruppe Microphone Mafia haben wir für eine Veranstaltung gewinnen können. Er berichtete über seine sehr persönlichen Erfahrungen mit dem Themenkomplex NSU.“



„Ein weiteres Schwerpunktthema unserer Arbeit war und ist die Gedenkstätte Stalag 326 in Schloss Holte-Stukenbrock im Kreis Gütersloh“, berichtet Rolf Kohn. „Auch dabei geht es um die Aufarbeitung rassistischer Verbrechen. Das sogenannte „Russenslager“ versorgte das gesamte heutige NRW mit Zwangsarbeiter:innen. Viele dieser Menschen überlebten ihre Gefangenschaft nicht („Vernichtung durch Arbeit“). Diese Gedenkstätte wird nun unter Federführung des LWL zu einer „Gedenkstätte nationaler und internationaler Tragweite“ ausgebaut. Wir setzen uns, gemeinsam mit den Genoss:innen vor Ort, für eine authentische Geschichtsdarstellung ein.“

Strukturelle Mangelfinanzierung des LWL

Aktuell beschäftigt sich die Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI im LWL mit dem Haushalt des Landschaftsverbands, dieser wird erst am 27. Januar 2022 verabschiedet. „Wir haben uns intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und zahlreiche Anträge gestellt. Leider zeigt sich auch hier eine strukturelle Mangelfinanzierung. Der Bund und das Land NRW müssen die kommunale Familie endlich auskömmlich finanzieren, damit diese ihre Aufgaben wieder im Sinne der Bürger:innen erfüllen kann. Deshalb brauchen wir wieder eine starke LINKE im Landtag“, schließt Selda Izci.

Außerdem wollten wir auch auf den anhaltenden Rassismus in unserer Gesellschaft aufmerksam machen. Das ist eines der Kernthemen der Linken. Erst vor 10 Jahren wurden die Verbrechen des NSU (nationalsozialistischer Untergrund) bekannt. Aus diesem Anlass haben wir die Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ ins Landeshaus in Münster geholt. Und obwohl die Ausstellung sehr erfolgreich war und auch viele Schulklassen erreicht hat, war uns das nicht genug. Zur Eröffnung hat uns die Initiatorin der Ausstellung einen sehr informativen Vortrag gehalten, und wir konnten auch Kutlu von der Mikrofonmafia zu einer Abendveranstaltung gewinnen.

Selda Izci und Rolf Kohn
Fraktion in der Landschaftsversammlung
Westfalen-Lippe



Ein ausgeglichener Haushalt ist gut für die Stadt Kamen, oder?

Dem Kämmerer ist es nach vielen Jahren endlich wieder gelungen für das Jahr 2022 mit einem ausgeglichenen Haushalt zu planen. Hier wurde von der Fraktion DIE LINKE./GAL in der Haushaltsberatung am 09.12.2021 nicht nur ein Dank ausgesprochen, sondern eine Gratulation. Denn an diesen wichtigen Ausgleich wurde ehrlicherweise nicht geglaubt.

Vor diesem Hintergrund muss man aber wissen, dass insgesamt 4,9 Millionen Euro als „außerordentliche Erträge“ verbucht wurden, die aber nichts anderes als Verluste durch die Auswirkungen der Pandemie sind. Diese sogenannten „Erträge“ summieren sich mittlerweile auf 14,5 Millionen Euro. Somit werden die Corona-Schäden zwar jetzt neutralisiert, werden aber spätere Haushalte über die geforderten Abschreibungen belasten.

Schaut man dann noch auf die Anforderungen, die auf die Kommunen durch garantierte Kindergartenplätze, durch garantierte kostenlose Ganztags-Grundschule oder durch Erweiterung der Aufgaben im Jugendschutz in den nächsten Jahren zukommen – und sieht man die in der Vergangenheit bei neuen Aufgaben versäumten erhöhten Finanzausstattungen – so sind mit der guten Nachricht „Ausgeglichener Haushalt“ doch gleichzeitig auch Zweifel für die Nachhaltigkeit dieses Ausgleichs verbunden.

Neben Zweifel an der Nachhaltigkeit

dieses Ausgleichs ist dies auch mit der Angst verbunden, dass es in späteren Haushalten an die freiwilligen Auf- und Ausgaben der Stadt Kamen gehen könnten, die helfen, das Leben in Kamen attraktiv zu machen:

Das Museum, die Bücherei, die Musikschule sowie die Sportstätten müssen auch zukünftig erhalten bleiben. Denn damit verbunden ist auch, dass die Stadt hier Hebel in der Hand hält, die allen Menschen eine Teilhabe an Kultur und Sport ermöglicht. Dies hat auch zur Folge, dass Ausgaben in den Bereichen der Schulen – wozu auch die Volkshochschule Kamen Bönen gehört – und des sozialen Dienstes, sprich des gesamten Jugendbereichs inklusive der Präventionsarbeit in Jugendzentren und Bürgerhäusern, aber auch der Kindertagesstätten vor dem Hintergrund der sich weiter verstärkenden sozialen Ungleichheit als unverrückbar zu be-

trachten sind.

Durch den Strukturwandel sind in den letzten Jahren – bedingt durch die Lage am Kreuz der beiden wichtigsten Autobahnen des Landes – vor allem Logistik-Ansiedlungen mit erheblichen Folgen entstanden:

- Enormer Flächenverbrauch
- Zunahme der LKW-Verkehre
- Emissions- und Lärmbelastigung

Umweltschutz: ungenügend

Anstatt sich diesen Problemen mit der gebotenen Ernsthaftigkeit zu widmen, ist der Produktbereich „Umweltschutz“ aus Sicht der Fraktion DIE LINKE./GAL nicht nur arg unterfinanziert, sondern lässt auch Ideen und Kreativität vermissen. Wie wäre es mit Elektro-Car-

oder Car-Sharing-Angeboten, der Pflicht, auch private Dachflächen zu begrünen oder für Photovoltaik zu nutzen, Bürgerbussen, Prämien für die Umwandlung von Schottergärten, einer sinnvollen öffentlichen Parkraumbewirtschaftung auch für den Schwerlastverkehr, mehr Fahrradstraßen, mehr Grün in der Stadt. Anders als in anderen Städten, scheint dies in Kamen (derzeit) noch nicht möglich zu sein.

Es ist zu begrüßen, dass der Staat Unternehmen, Selbstständigen und auch den Arbeitnehmer:innen mit vielen Milliarden Euro hilft, doch irgendwer muss diese Coronahilfen zahlen. Die Probleme der sozialen Ungleichheit kann ein ausgeglichener Haushalt nicht lösen. Hier ist die Bundesregierung gefordert,

- mit einer Vermögensabgabe und -steuer, um gerade das Vermögen der Reichen – das in der Zeiten der Pandemie weiter gewachsen ist – zu besteuern,
- mit einer (in der EU längst beschlossenen) Digitalsteuer, um damit die „Corona-Gewinner“ wie Amazon, Microsoft oder auch Google entsprechend zu belasten und mit diesen Geldern die Innenstädte wieder zu stärken und
- mit einem kommunalen Finanzierungsgesetz, durch das die finanzielle Lage der Kommunen nachhaltig verbessert werden kann.



Mit dem Politikwechsel hier in Unna wird alles neu – oder doch nicht?

Sowohl in dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf als auch bei den anderen Parteien hat die Fraktion DIE LINKE.plus die Bereitschaft gesehen, sich mit den strukturellen und gemeinschaftlichen Herausforderungen vor Ort auseinander zu setzen. Aber ist mit Haushaltsplanentwurf eine nachhaltige Veränderung, ein Aufbruch, sozial-ökologischer Wandel verbunden? Aus Sicht der Unnaer Fraktion ist dies leider nicht der Fall gewesen und so war es auch nicht verwunderlich, dass man eben nicht im Konsens mit der Stadtverwaltung und der überwiegenden Zahl der Mitglieder:innen im Rat war.

So hat es an der Priorisierung der Gesundheit der Menschen gefehlt, für die man in Unna die Verantwortung trägt. Es hat Jahre gedauert, bis sich die Verwaltung dazu durchgerungen hat, die Sanitäranlagen der Sonnenschule in Angriff zu nehmen. Solche Baustellen bestehen aber auch an der Kindertagesstätte „Wirbelwind“ und der Peter-Weiss-Gesamtschule. Wenn es um die Gesundheit geht, dann sollten diese Maßnahmen im Interesse unserer kleinsten Mitbürger:innen immer ganz oben auf der Prioritätenliste stehen.

Gleiches gilt aber auch für den Bereich Bildung, denn die dafür zu schaffenden Voraussetzungen sollten oberstes Gebot sein. Wie wenig aber der Stadt an einer guten Bildungsumgebung gelegen ist und wie wenig die Stadt hier für die Schülerinnen und Schüler bereit ist zu investieren, zeigt die kategorische Ablehnung der Anschaffung von Luftfilteranlagen. Es wird von der Fraktion DIE LINKE.plus nicht akzeptiert, dass die Schülerinnen und Schüler mit Mütze und Schal und Decke und Handschuhen am Unterricht teilnehmen müssen.

Erhebliche Defizite gibt es nicht nur bei den kleinsten und jungen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Unna, sondern auch bei denen, die in den Ruhestand gehen. Denn der Renteneintritt ist auch oft mit Einkommenseinbuße verbunden und der Sorge, die Wohnung, die noch bezahlbar ist, nicht mehr nutzen zu können, weil diese nun zu teuer ist. Oder aber, die Wohnung, die in der dritten Etage liegt und aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen nicht mehr zu erreichen ist, wenn das Mietshaus nicht mit einem Fahrstuhl ausgestattet ist. Seit Jahrzehnten fehlt hier in Unna bezahlbarer Wohn-

raum. Es wird gebaut – ja. Aber es wird weiterhin auf die „heile Welt“ der solventen kleinen Familie und anderer finanziell eher besser Gestellter geschaut, die der Stadt eine angenehme und lukrative Bürgerschaft bescheren.

Die Wohnbedarfe von Menschen können sich durch Krankheiten, hohes Lebensalter, aber auch durch Scheidungen ändern. Politik und Verwaltung müssen dem gerecht werden. Eine Stadt, die die Vielfalt seiner Bürgerschaft vehement einschränkt und nicht mehr die gesamte Gesellschaft berücksichtigt, ist eine tote Stadt, die eine ganze Bevölkerungsschicht ausgrenzt und nicht mehr das Leben einer Kommune widerspiegelt.

Wie man den klimatischen Veränderungen und damit einer der größten Herausforderungen für die Zukunft begegnen kann, scheint auch in Unna ein Kernthema von SPD, Grünen und CDU geworden zu sein. Doch wie sieht die Realität aus?

Wird die neue Fußgängerzone den klimatischen Bedingungen gerecht – oder wird alles wieder einmal nur „chick“ und langweilig? Wird wirklich nach einer Lösung im ÖPNV gesucht – zum Beispiel beim fahrscheinlosen Nahverkehr? Wird



Petra Weber (Fraktionsvorsitzende)

darüber nachgedacht, eine Taktung des ÖPNV so zu verändern, dass Eltern ihre Kinder nicht mehr von der Schule abholen müssen?

Abschließend erklärte die Fraktionsvorsitzende, Petra Ondrejka-Weber, dass man weiterhin sowohl den Erhalt der Eis-sporthalle unterstützt, als auch die Nutzung der Mountainbiker im Bornekamp. Den Jugendlichen in Unna fehlt der Freiraum zur eigenen Gestaltung, und wenn diese beiden Institutionen wegfallen, dann bleibt den Jugendlichen, aber auch allen Generationen keine Möglichkeit mehr, sich eigenständig und kreativ einem Ziel zu verschreiben. Gestalterische Möglichkeiten – ein Freiraum und eine für viele überlebenswichtige Struktur – brechen dann weg.

Stolpersteinverlegung in pandemischen Zeiten

Mit der Verlegung von 10 Stolpersteinen wurde in Lünen am 17. November an 10 Schicksale gedacht. Hierzu hatte der Arbeitskreis „Lüner Stolpersteine“ eingeladen.

Um 11 Uhr morgens wurde der erste Stolperstein am Knappenweg 38 gelegt. 40 Frauen und Männer nahmen an der Veranstaltung teil. Wenig später kamen 60 Schüler:innen der Jahrgangsstufen Q1 und Q2 des Freiherr-vom Stein-Gymnasiums hinzu.



Zunächst sprach Udo Kath vom Arbeitskreis „Lüner Stolpersteine“. Es folgten Redebeiträge von Pat:innen und von Nachfahren der von Verfolgung und Ermordung betroffenen Familien.

Begleitet wurde die Veranstaltung auch durch Musik und angemessene Lieder.

Die Stolpersteine erinnern an die Schicksale folgender Frauen und Männer: Salomon Rose, Betty Rose, Regina Rose, Hildegard Rose, Martha Rose, Klara Rose und nicht zuletzt Wernher Rose.

Alle diese Menschen wurden ermordet. Nur das Schicksal von Regina Rose ist unklar. Einzig Klara Rose hatte mit Sicher-

heit überlebt und wurde aus dem Arbeitslager Kassel-Bettenhausen befreit.



Vom anwesenden Religionskurs des FSG haben zwei Schülerinnen für den Anlass jeweils ein Zitat aus der Bibel rezipiert gehabt.

Nachdem hier die ersten 7 Stolper-



steine verlegt wurden, ging es nach kurzer Zeit zum zweiten und somit letzten Haus für diesen Tag. Vor dem Haus an der Münsterstraße 101 wurden drei weitere Steine verlegt. Diese erinnern an Paul Friedrich Salomons, Irma Salomons und Grete Salomons.

Irma Salomons ist die Einzige, die nicht ermordet wurde, verstarb aber an ihren Haftfolgen. Auch an diesem Haus wur-

den Redebeiträge zu den Personen abgehalten, passende Musikbeiträge gespielt und diesmal ein Gedicht von zwei Schülern des FSG vorgetragen.

Wir bedanken uns bei allen, welche diese Verlegung möglich gemacht haben.

An dieser Stelle gedenken wir aller Opfer des Nationalsozialismus und der bis heute andauernden rechten Gewalt

Said Basel Ghafouri

Kampf gegen Rechtsextremismus

Zur Arbeit von „Schwerte gegen Rechts“

Seit Jahren kämpft das Bündnis Schwerte gegen Rechts gegen den zunehmenden Rechtsextremismus. Auch in Schwerte ist seit der Wahl 2020 die AFD im Rat der Stadt vertreten.

Das Bündnis hat sich im Wahlkampf gegen die AFD engagiert. Es ist auch erreicht worden, dass die demokratischen Parteien (auch DIE LINKE in Schwerte) die „Schwerter Erklärung gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ un-



terzeichnet haben. In dieser Erklärung sichern die Parteien im Rat zu, dass es „mit uns auch zukünftig keine Zusammenarbeit mit dieser Partei geben wird. Wir wollen, dass die AFD nicht ihr rassistisches und ausländerfeindliches Gedankengut in den Rat der Stadt Schwerte tragen kann.“

Schwerte gegen Rechts als Zusammenschluss der Zivilgesellschaft

Im Bündnis Schwerte gegen Rechts engagieren sich eine große Zahl von Bürger:innen aus unserer Stadt, die häufig auch nicht parteigebunden sind. Aber auch Mitglieder der Parteien (SPD, Grüne, Linke) sind aktiv in diesem Bündnis. Gegründet wurde das Bündnis als ein Zusammenschluss vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen in unserer Stadt. Die anderen demokratischen Parteien unterstützen das Bündnis, engagieren sich aber nicht in der laufenden Arbeit vor Ort.

Erinnerungskultur in Schwerte

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des Bündnisses ist die Aufrechterhaltung einer Erinnerungskultur. Am 9. November findet jedes Jahr eine Veranstaltung zum Gedenken an die Reichspogromnacht von 1938 statt. Dabei treffen sich die Teilnehmer am jüdischen Friedhof und der ehemaligen Synagoge in Schwerte.

Das Bündnis unterstützt ebenfalls tatkräftig die Gedenkfeiern zum Ende des 2. Weltkrieges am 8. Mai.

Kulturveranstaltungen gegen Rassismus

In den letzten Jahren hat das Bündnis immer wieder Kulturveranstaltungen (Lesungen) veranstaltet, die sich mit wichtigen Problemen der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus befassen.

So hat das Bündnis am 3. September 2021 eine Lesung mit der Autorin Alice Hasters durchgeführt. Sie hat aus ihrem Buch „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten“ gelesen. Anhand persönlicher Erfahrungen spiegelt Hasters die vielfältigen Lebenssituationen, in denen Black and Indigenous People of Color Diskriminierung täglich er-



leben. Ihr Buch ist eine Aufforderung an weiße Menschen sich ihrer unreflektierten Gedanken, Äußerungen und Verhaltensweisen gegenüber BIPOC bewusst zu werden – denn selbst freundlich gemeinte Kommentare offenbaren tief sitzenden Rassismus.

Aktion Seebrücke

Das Bündnis engagiert sich für die Aktion Seebrücke. Es wurden mehrere Aktionen in Schwerte dazu durchgeführt. Das Bündnis hat erreicht, dass sich die Stadt Schwerte zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt und ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen bekundet hat.

(Karl-Heinz Schimpf)

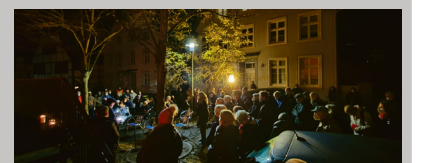
Wer beim Bündnis mitmachen will, erreicht die Kontaktpersonen unter der E-Mailadresse info@buenndnis-schwerte-gegen-rechts.de

Reichspogromnacht 1938- Niemals vergessen!

Knapp 80 Menschen begleiteten unseren Gedenksparade vom jüdischen Friedhof zur ehemaligen Synagoge. Das steigende Interesse in Schwerte ist, zu Zeiten in denen Antisemitismus in Deutschland auf der Tagesordnung steht, ein wichtiges Zeichen.

Unsere Theatergruppe „gegenwind“ spielte Szenen über verfolgte jüdische Familien aus Schwerte und wurde dabei mit jiddischer Klezmer Musik von Uwe

Schiemann, Uli Grünebaum und Niklas Malcharczyk begleitet. (<https://www.facebook.com/SchwerteGegenRechts>)



DIE LINKE NRW LANDTAGSWAHLPROGRAMM

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in NRW. Auch hier brennen geplante oder bereits bewohnte Geflüchtetenunterkünfte, werden Moscheen und Synagogen angegriffen, werden insbesondere Geflüchtete, Menschen mit Migrationsgeschichte, Schwule und Lesben, Antifaschist:innen, gewerkschaftlich Organisierte und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, verbal und körperlich attackiert.

Wir setzen uns dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg.

Wir müssen Rechte weiter inhaltlich stellen. Wir lassen rassistische, menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen nicht un widersprochen stehen, sondern widersetzen uns. In den Parlamenten, egal ob in den Kommunen oder im Landtag, darf es keine Zusammenarbeit mit rassistischen, rechtspopulistischen und faschistischen Personen geben.

Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktiven, Gewerkschafter:innen, Initiativen und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten.

Rosa Luxemburg Karl Liebknecht

Kampf gegen Krieg und Ausbeutung

Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht grausam ermordet.

Von rechtsradikalen Kräften und mit Billigung der politischen Führung wurden die beiden in der Nacht vom 15. auf den 16. Januar 1919 erschossen, nachdem man sie zuerst stundenlang verhört und misshandelt hatte. Diese rechtsradikalen Kräfte kann man als Vorboten dessen sehen, was etwa 15 Jahre später richtig Fahrt aufnahm: Nazideutschland mit all seinen schrecklichen Verbrechen gegen die Menschheit und die Menschlichkeit.

Novemberrevolution in Deutschland

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kam es in Deutschland zu einer Revolution, die das alte Kaiserreich hinwegfegte. Die Revolution begann mit einem Matrosenaufstand in Kiel. Die Arbeiter schlossen sich dem Aufstand an. Es wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die überall in Deutschland die Macht übernahmen.

Karl Liebknecht, der schon 1914 als SPD-Abgeordneter im Reichstag gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, wurde aus dem Gefängnis entlassen. Er stürzte sich mit seinen Genoss:innen aus dem Spartakusbund (einer revolutionär gesinnten Gruppe aus dem linken Lager der

Am Tag seiner Ermordung erscheint in der „Roten Fahne“ der letzte Artikel von Karl Liebknecht: „Spartakus niedergerungen! O gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen – wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein. Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet... Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wir unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“

SPD) in Berlin in die revolutionären Auseinandersetzungen.

Auch Rosa Luxemburg, die sich ab 1898 als eine Wortführerin des marxistischen Parteiflügels der SPD positioniert hatte, kam aus dem Gefängnis frei.

In den Auseinandersetzungen kristallisierten sich zwei unterschiedliche Wege der Revolution heraus: Die Linken wollten eine Räterepublik, in der die Arbeiterklasse über die Arbeiter- und Soldatenräte die Vergesellschaftung der Großindustrie durchsetzen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen.

Die alte Sozialdemokratie unter Friedrich Ebert konnte ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft nutzen, um den Kapitalismus zu retten.

Niederlage der Revolution

Die Sozialdemokraten schlossen mit den alten Eliten verschiedene Abkommen, die beinhalteten:

- Sozialreformen (8-Stundentag, Betriebsrätegesetz, Tarifvertragsrecht) bei Verhinderung der Sozialisierung der Produktionsmittel)
- Unterstützung der Reichswehr und der Freikorps bei der Niederschlagung der kämpfenden Arbeiter.

Gründung der KPD

Die marxistischen Kräfte im Spartakusbund um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht trennten sich endgültig von den Sozialdemokraten und gründeten am 31.12.1918/01.01.1919 in Berlin eine eigene Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Rosa Luxemburg entwarf das Parteiprogramm und hielt fest, dass die neue Partei die Regierung nie ohne klaren mehrheitlichen Volkswillen übernehmen werde.

Massendemonstrationen mit mehreren 100.000 Teilnehmern und ein Generalstreik in Berlin führen zum „Spartakusaufstand“, in dem Zeitungsverlage und öffentliche Einrichtungen besetzt wurden.

In den revolutionären Kämpfen setzte die Reichsregierung unter Friedrich Ebert-

Karl Liebknecht (1871-1919)

Sohn des SPD-Mitbegründers Wilhelm Liebknecht. Karl Liebknecht war ein prominenter Vertreter des linken Flügels der SPD und Mitglied des Reichstages. Er stimmte 1914 gegen die Bewilligung der Kriegskredite.

Er engagierte sich besonders gegen den deutschen Militarismus und war ein Mitbegründer der sozialistischen Jugendinternationale.

Rosa Luxemburg (1871-1919)

Sie war eine der Wortführerinnen der marxistischen Flügel innerhalb der SPD im deutschen Kaiserreich. Sie war eine bedeutende Theoretikerin des Marxismus.

Im „Revisionismusstreit“ wehrte Sie sich vehement gegen das Bestreben, das sozialistische Ziel zugunsten einer bloßen Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse aufzugeben,

die Reichswehr gegen die demonstrierenden Arbeiter ein. Der „Spartakusaufstand“ wurde blutig niedergeschlagen.

Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Liebknecht und Luxemburg wurden während des Aufstandes von Freikorpsleuten (die sich aus den ehemaligen Reichswehrverbänden bildeten) gefangen genommen und mit Billigung der Reichs-

regierung ermordet. Sie erschossen Liebknecht im Tiergarten mit drei Schüssen aus nächster Nähe. Luxemburg wurde ebenfalls von ihren Bewachern heimtückisch ermordet. Ihre Leiche warfen sie in den Landwehrkanal, wo sie erst Ende Mai 1919 gefunden wurde. Die Mörder wurden nie verurteilt.

An der Beerdigung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nahmen 150.000 Menschen aus der Arbeiterklasse teil.



25. JANUAR 1919: Ein Trauerzug von 150.000 Menschen begleitet die Särge von Karl Liebknecht und weiteren Opfern der Januarkämpfe zum Friedhof nach Berlin-Friedrichsfelde, der späteren Gedenkstätte der Sozialist:innen. Ein Sarg bleibt leer, denn der Leichnam von Rosa Luxemburg wurde erst viel später gefunden.

Buchtipps: Handeln statt Hoffen von Carola Rackete

Liebe Leser und Leserinnen, dieses Buch ist zwar schon mehr als zwei Jahre alt, gewinnt aber immer mehr an Aktualität. Heute sterben nicht mehr nur Flüchtlinge im Mittelmeer, sondern auch im Ärmelkanal und an der Polnisch-Belarussischen Grenze.

Carola Rackete beschreibt, wie sie als Kapitän der Sea Watch 3 zum Handeln gezwungen war, als sie die Hoffnung begraben hatte, dass Hilfe von außen kommen würde.

Um die Lage von 40 Flüchtlingen auf ihrem Boot nicht noch lebensbedrohlicher werden zu lassen, fuhr sie ohne Erlaubnis in den Hafen von Lampedusa ein und erreichte damit, dass sich die Lage der Menschen in ihrer Obhut zumindest kurzfristig entspannte, weil keine Lebensgefahr mehr bestand.

Weiter stellt sie die Frage, warum

Menschen sich unsicheren Booten und Schleppern anvertrauen.

„Wenn es um Bootsflüchtlinge geht, müssen wir zuerst über globale Ungerechtigkeit reden: Der Wohlstand weniger Länder, multinationaler Unternehmen und reicher Personen basiert auf der Arbeitsleistung und den Bodenschätzen armer Länder. ... Die Industrienationen in Europa ... tragen an Bürgerkriegen und wirtschaftlicher Not, an Ausbeutung und Misshandlung eine hohe Mitverantwortung – mehr noch, sie verdienen daran.“

Und Rackete zieht daraus den Schluss: „Solange dieses Wirtschaftssystem weiter so massive soziale Ungleichheit erzeugt und die Natur in fast allen Gegenden der Erde ausgebeutet wird, werden Menschen ihr Leben Booten anvertrauen. ... Und darum ist es keine ‚Flüchtlingskrise‘: Es ist eine Krise der globalen Gerechtigkeit.“

Carola Rackete weiß, dass Appelle allein nicht genügen, um Veränderungen zu erreichen. Deshalb fordert sie auf zum Handeln: „Wir leben in Zeiten, in denen die Ordnung, die wir haben, falsch und zerstörerisch ist. Sie muss gestört werden, weil sonst Menschen sterben. ... Und weil wir nicht hinnehmen können, dass das System dazu führt, dass die Menschheit im Namen der Ordnung bestohlen, belogen und unterdrückt wird. ... Der zivile Gehorsam ist das Problem, nicht der zivile Ungehorsam. – Lasst uns handeln, statt zu hoffen.“

Die ersten drei neuen Mitglieder von „Die Linke“ im Kreisverband Unna erhalten als „Dankeschön“ das Buch Handeln statt Hoffen von Carola Rackete als Taschenbuch.

Droemer Verlag
ISBN: 978-3-426-27826-0

**Goden dag leve lüde!**

Hinweis: Die Einleitung zu diesem Teil ist ausnahmsweise auf Deutsch geschrieben.

Auf dieser Welt gibt es etwa 7000 Sprachen, die aktuell gesprochen werden. Diese Zahl ist hoch, aber die wenigsten dürften davon überrascht sein. Auch in Deutschland gibt es, neben Deutsch, eine ganze Reihe Sprachen, die durch Migration zu uns gekommen sind. Was viele aber nicht wissen: Es gibt bei uns auch die sogenannten autochthone Minderheitensprachen. Das sind die nicht deutschen Sprachen, die schon seit langer Zeit hier gesprochen werden. Dazu gehört neben z.B. Saterfriesisch, Niedersorbisch und Romani auch Plattdeutsch, bei dem es sich nicht um einen Dialekt der deutschen Sprache handelt, sondern um eine eigene Sprache, deren Ursprung näher bei dem des Englischen und Friesischen liegt, als dem des Deutschen. Der Kreis Unna gehört zu den Teilen Deutschlands, in denen früher statt Deutsch Plattdeutsch gesprochen wurde, und bis heute gesprochen wird. Leider führt sie ein Schattendasein und droht gar, ganz dahin zu schwinden. Für uns Linke ist

der Erhalt und die Pflege von Kultur ein hohes Gut. Darum haben wir uns entschlossen, unserer regionalen Sprache hier ein wenig Raum zu geben. Weiter geht es nun auf Plattdeutsch, geschrieben nach den Regeln der Nysassischen Skryvwyse.

Sou, dat langt nu ouk med düütsk. Welkuamen hyr in uase lütte colume, wår ik elke mål en pår wöörde up plat seggen wil. Vandage geit et my dår üm, en licht to skynen up de rulle van uase platdüütske språke vandage. Dat plat by us meyst nit to seen is, dat es se åver noch givt. Mån wår givt et se? Wen hevvet jy dat leste mål platdüütsk by us in de medien seen? In myn dageblad givt et dat nit. De WDR is ouk nit beater. Van de privaten wil ik går nit eys spreaken. Dår is dat ouk neyn wonder, dat platdüütsk bold doud blyven mag. Låt' us dår lever tohoup geagen an gån! Eaven as Linke lüde löyvet dit: Et kan nit angån, dat midden in Europa eyne språke vorschwinden deit!

Unterstützung für die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW“

Seit April 2021 hat der Kreisverband Unna die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW“ mit einigen Infoständen und einer fast kreisweiten Mahnwache vor den Krankenhäusern des Kreises unterstützt und eine große Anzahl von Unterschriften gesammelt.

66.000 Unterschriften von volljährigen deutschen Staatsbürgern mit Wohnsitz in NRW werden benötigt, um die Landesregierung zu zwingen, sich mit dem Thema Krankenhausfinanzierung erneut, ernsthaft, auseinander zu setzen. Rund 30.000 Unterschriften wurden bisher gesammelt.

Bis einschließlich zum 1. Mai können weitere Unterschriften gesammelt werden.

Jedem ist klar, worum es geht: Forderungen von neoliberalen Thinktanks wie der Bertelsmann-Stiftung nach weiteren Krankenhaus-Schließungen und Privati-

sierungen muss dringend Einhalt geboten werden.

Das Land muss endlich seiner Verpflichtung nachkommen, die Kosten für

die notwendigen Investitionen der Krankenhäuser zu übernehmen. Sonst sind die Krankenhäuser weiterhin gezwungen, die Kosten dafür aus dem laufen-



den Betrieb durch die Erlöse aus den Fallpauschalen zu bezahlen. Das führt zu einem Sparzwang beim Personal, das auch schon vor der Corona-Pandemie am Anschlag gearbeitet hat.

Bitte informieren Sie sich auf der Homepage der Volksinitiative www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de und unterstützen diese mit Ihrer Unterschrift. Bis zum 1. Mai werden wir im Kreis Unna weitere Infostände durchführen und in der örtlichen Presse ankündigen.

Impressum

Herausgeber der Zeitung LinksRutsch ist der Kreisverband DIE LINKE im Kreis Unna.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Karl-Heinz Schimpf, Kimbernstraße 5, 58239 Schwerte.

Hinweise, Informationen und Kritik senden Sie bitte an linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de.

DIE LINKE.
Kreisverband Unna